



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

E-Avis ISDC 2025

BAU(PLANUNGS)RECHTLICHE ASPEKTE BEI ANLAGEN FÜR ALTERNATIVE ENERGIEGEWINNUNG

Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich

Stand : 13.10.2022

Cet avis de droit est publié avec l'approbation explicite de la personne qui a mandaté l'ISDC.

Dieses Gutachten wird mit ausdrücklicher Zustimmung der Person veröffentlicht, die das SIR beauftragt hat.

Il presente parere giuridico è pubblicato con il consenso esplicito della persona che ha dato all'ISDC il mandato di redigerlo.

This legal opinion is published with the express permission of the person who instructed the SICL.

J. Fournier et al.

E-Avis ISDC

Série de publications électroniques d'avis de droit de l'ISDC / Elektronische Publikationsreihe von Gutachten des SIR / Serie di pubblicazioni elettroniche di pareri dell'Istituto svizzero di diritto comparato / Series of Electronic Publications of Legal Opinions of the SICL

Empfohlene Zitierweise: Johanna Fournier / Krista Nadakavukaren Schefer, Ilaria Pretelli, Dorine Rouillon; Bau(planungs)rechtliche Aspekte bei Anlagen für alternative Energiegewinnung, E-Avis ISDC 2025 (www.isdc.ch)

Ce texte peut être utilisé uniquement à des fins de recherche personnelle. L'Institut suisse de droit comparé n'assume aucune responsabilité découlant d'une autre utilisation du texte, notamment à des fins professionnelles. Toute reproduction à d'autres fins, que ce soit papier ou électronique, requiert le consentement de l'Institut.

Das Verwenden dieses Dokuments für private Zwecke ist erlaubt. Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung übernimmt keinerlei Haftung im Falle einer anderen Verwendung des Textes, insbesondere zu professionellen Zwecken. Eine Veröffentlichung und Verbreitung in Papierform oder im elektronischen Format ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Instituts gestattet.

Questo testo può essere utilizzato solo a scopo di ricerca personale. L'Istituto svizzero di diritto comparato non assume alcuna responsabilità per ogni eventuale uso del testo per scopi diversi. La riproduzione, integrale o parziale, del testo per altri scopi, sia in formato cartaceo che in formato elettronico, richiede il consenso espresso dell'autore e dell'Istituto.

This text may be used for personal research purposes only. The Swiss Institute of Comparative Law does not accept liability for any other use of the text. Any additional reproduction for other purposes, whether in hard copy or electronically, requires the consent of the Institute.

EXECUTIVE SUMMARY

Das vorliegende Kurzgutachten befasst sich mit verschiedenen bau- und bauplanungsrechtlichen Aspekten für Anlagen zur Gewinnung alternativer Energie in Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich. Es befasst sich mit vier Fragenkomplexen.

Der erste Fragenkomplex behandelt das Bauplanungsverfahren zur Standortfestlegung von Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie. Während in Deutschland, Frankreich und Österreich die allgemeinen Planungsverfahren zur Anwendung kommen, sieht das italienische Recht auf nationaler Ebene Leitlinien für die Raumplanung für Quellen erneuerbarer Energien vor.

Der zweite Fragenkomplex ist der Baugenehmigung gewidmet. Alle hier untersuchten Rechtsordnungen sehen eine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Bau von Windkraftanlagen vor, teilweise allerdings nur für grosse beziehungsweise leistungsstarke Anlagen.

Der dritte Fragenkomplex betrifft das Rechtsmittelverfahren gegen behördliches Handeln im Planungs- und Genehmigungsverfahren. Hier findet jeweils das allgemeine Verwaltungsrecht Anwendung, ohne Besonderheiten für Anlagen zur Gewinnung von Wind- oder Wasserenergie.

Der vierte Fragenkomplex behandelt schliesslich die Frage, inwiefern eine sogenannte Solarpflicht besteht, Solaranlagen auf Dächer zu installieren. Hier variieren die Vorgaben teilweise auch bereits auf Landesebene, insbesondere auch bei der Frage, ob die allenfalls bestehende Pflicht Nicht-Wohngebäude oder Wohngebäude betrifft.

ZUSAMMENFASSUNG

Das vorliegende rechtsvergleichende Gutachten befasst sich mit verschiedenen **bau- und bauplanungsrechtlichen Aspekten für Anlagen zur Gewinnung alternativer Energie** in Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich. Es handelt sich jedoch um ein **Kurzgutachten**, in welchem die aufgeworfenen Fragen lediglich zusammenfassend oder durch Verweise auf andere Quellen beantwortet werden.

Der erste Fragenkomplex behandelt das **Bauplanungsverfahren** zur Standortfestlegung von Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie. In Deutschland, Frankreich und Österreich scheint es keine besonderen Planungsverfahren für den Bau solcher Anlagen zu geben, sondern es finden die allgemeinen Planungsverfahren Anwendung. Italien hingegen sieht auf nationaler Ebene Leitlinien für die Raumplanung für sogenannte Quellen erneuerbarer Energien vor, welche sodann auf regionaler oder lokaler Ebene umgesetzt werden. Die verschiedenen Rechtsordnungen haben dabei allerdings gemein, dass es jeweils verschiedene Raumplanungsinstrumente gibt, die zur Anwendung kommen können. In Österreich variiert dies zudem von Bundesland zu Bundesland, da dort die Länder die entsprechende Gesetzgebungskompetenz innehaben.

Der zweite Fragenkomplex ist der **Baugenehmigung** gewidmet. Diese bemisst sich nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland nach dem Recht der einzelnen Bundesländer. Alle hier untersuchten Rechtsordnungen sehen eine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Bau von Windkraftanlagen vor, wobei dieses Erfordernis teilweise allerdings auf grosse beziehungsweise leistungsstarke Windkraftanlagen beschränkt wird. In allen Rechtsordnungen ausser Italien hat diese umweltrechtliche Genehmigung sodann auch Konzentrationswirkung, sodass keine separate Baugenehmigung nötig ist. Für Anlagen zur Energiegewinnung aus Wasserkraft bestehen meist separate Vorschriften, die entweder kumulativ oder alternativ zu denjenigen über Windkraft zur Anwendung kommen.

Der dritte Fragenkomplex betrifft das **Rechtsmittelverfahren** gegen behördliches Handeln im Planungs- oder Genehmigungsverfahren. Hier findet in den untersuchten Rechtsordnungen jeweils das allgemeine Verwaltungsrecht Anwendung und es bestehen keine Besonderheiten für Anlagen zur Gewinnung von Wind- oder Wasserenergie.

Der vierte Fragenkomplex schliesslich behandelt die Frage, inwiefern eine sogenannte **Solarpflicht** besteht, Solaranlagen auf Dächern zu installieren. In Italien muss seit Juni 2022 der Verbrauch für Warmwasser und Klimaanlage in Neubauten zu 60 % durch erneuerbare Energien gedeckt werden, bei öffentlichen Gebäuden zu 65 %. In den anderen hier untersuchten Rechtsordnungen gibt es bisher gibt es keine solche überall geltende Pflicht. Jedoch haben zahlreiche deutsche und österreichische Bundesländer entsprechende Gesetze erlassen, welche meist im Laufe des Jahres 2022 oder 2023 in Kraft treten. Das Ausmass der Pflicht variiert dabei, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob die Pflicht Nicht-Wohngebäude oder Wohngebäude betrifft.

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG.....	2
INHALTSVERZEICHNIS.....	3
I. SACHVERHALT	4
II. FRAGEN	4
III. ANALYSE.....	6
A. Deutschland	6
B. Frankreich	16
C. Italien	24
D. Österreich	40

I. SACHVERHALT

Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIR) wurde damit beauftragt, ein rechtsvergleichendes Kurzgutachten über bau- und bauplanungsrechtliche Aspekte bei Anlagen zur Gewinnung alternativer Energie in Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich zu erstellen. Dies betrifft das Planungs- und Bauverfahren für bedeutende Wasser- und Windkraftanlagen sowie die Pflicht zur Errichtung von Solaranlagen auf Neubauten.

II. FRAGEN

Das vorliegende Gutachten enthält Länderberichte zum Recht Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Österreichs. Aus Kapazitätsgründen handelt es sich dabei jedoch um Kurzgutachten, bei welchem die einzelnen Länderberichte die Fragen nur cursorisch beantworten oder lediglich Angaben dazu enthalten, wo die jeweilige Antwort gefunden werden kann.

Das Gutachten behandelt die folgenden Fragen:

1. Planungsverfahren zur Standortfestlegung von Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie

1.1. Erforderlichkeit eines Planungsverfahrens für Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie:

1.1.1. Muss für die Standortfestlegung von Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie vorgängig zum Baubewilligungsverfahren ein Planungsverfahren durchgeführt werden?

1.1.2. Falls ja: Gibt es statt des allgemeinen Verfahrens ein besonderes Planungsverfahren für Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie?

1.1.3. Falls ja: Wie ist dieses Planungsverfahren ausgestaltet?

1.2. Gibt es spezielle Planungsverfahren für grosse Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie?

1.3. Gibt es allenfalls beschleunigende Verfahrensschritte für die baurechtliche Planung von Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie?

2. Baubewilligungsverfahren für Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie

2.1. Wie ist das Baubewilligungsverfahren für Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie ausgestaltet (Zuständigkeiten, Verfahrensschritte)?

2.2. Gibt es spezielle Baubewilligungsverfahren für grosse Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie?

2.3. Ist für den Betrieb von Anlagen insbesondere zur Gewinnung von Wasserenergie ein spezifisches Wassernutzungsrecht (Konzession) erforderlich und welche Behörde ist für dessen Vergabe zuständig?

- 2.4. Gibt es neben dem Erfordernis der Verleihung von Wassernutzungsrechten (Frage 2.3.) allenfalls auch noch andere vergleichbare Erfordernisse, z.B. ein Windnutzungsrecht?
- 2.5. Gibt es allenfalls beschleunigende Verfahrensschritte für den Bau von Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie?

3. Rechtsmittelverfahren im Rahmen der Planung und des Baus von Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie

- 3.1. Richten sich die Rechtsmittelverfahren gegen Planungs- und Baubewilligungsentscheide betreffend Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie nach den allgemeinen Regeln des Verwaltungsrechts?
- 3.2. Gibt es allenfalls beschleunigende Verfahrensschritte in den jeweiligen Rechtsmittelverfahren?

4. Pflicht zur Erstellung von Solaranlagen auf Neubauten

- 4.1. Gibt es eine Erstellungspflicht für Solaranlagen und Neubauten und/oder bei Sanierung von Bauten und Anlagen?
- 4.2. Falls ja: Wie ist diese Pflicht ausgestaltet?

III. ANALYSE

A. DEUTSCHLAND

In Deutschland wird das **öffentliche Baurecht** in der Regel unterteilt in das **Bauplanungsrecht** einerseits und das **Bauordnungsrecht** andererseits.

Das **Bauplanungsrecht** widmet sich der übergeordneten **Raumordnung**, also der rechtlichen Einordnung und Nutzbarkeit des Bodens, und ist bundesweit im Baugesetzbuch¹ sowie in der Baunutzungsverordnung² geregelt. Im Rahmen der Bauleitplanung erlassen die Gemeinden Flächennutzungs- und Bebauungspläne, in welchen sie festlegen, welche Arten von Gebäuden und Installationen in welchen räumlichen Bereichen der Gemeinde gestattet sind. Das Bauplanungsrecht wird im vorliegenden Gutachten im Rahmen der **Fragen 1 und 3** behandelt.

Das **Bauordnungsrecht** hingegen dient der Gefahrenabwehr und befasst sich mit konkreten Bauvorhaben, also Neubau, Instandhaltung oder Veränderung und Abriss, und den dazugehörigen Genehmigungen. Es ist also im Gegensatz zum Bauplanungsrecht **objektbezogen**. Das Bauordnungsrecht ist in den verschiedenen Landesbauordnungen der sechzehn deutschen Bundesländer sowie in ergänzenden Landesvorschriften geregelt. Anstatt auf die inhaltlich meist sehr ähnlichen einzelnen Landesbauordnungen Bezug zu nehmen, kann auf die von der Bauministerkonferenz zur Verfügung gestellte Musterbauordnung³ verwiesen werden. Bei dieser handelt es sich allerdings nicht um bindendes Recht, sondern sie stellt lediglich eine beispielhafte Bauordnung dar. Das Bauordnungsrecht wird im vorliegenden Gutachten im Rahmen der **Fragen 2 und 3** behandelt.

1. Planungsverfahren zur Standortfeststellung von Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie

Das deutsche Recht regelt die bauplanungsrechtliche Einordnung von Anlagen zur Gewinnung von **Wind⁴- und Wasserenergie einheitlich in § 35 Baugesetzbuch**.

1.1. Erforderlichkeit eines Planungsverfahrens

1.1.1. Erforderlichkeit

Ob der Bau einer Anlage zur Gewinnung von Wind- oder Wasserenergie an einem bestimmten Ort genehmigungsfähig ist, hängt davon ab, welche Arten von Gebäuden und Anlagen grundsätzlich für diesen Ort gestattet sind. Hat die Gemeinde einen **qualifizierten Bebauungsplan** erlassen, so richtet sich die **Zulässigkeit eines Bauvorhabens nach den Vorgaben des Bebauungsplans**. Qualifiziert ist der Bebauungsplan dann, wenn er mindestens Art und Mass der baulichen Nutzung, der überbaubaren

¹ Baugesetzbuch (BauGB), verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/index.html> (14.07.2022).

² Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung, BauNVO), verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/baunvo/index.html> (14.07.2022).

³ Musterbauordnung (MBO), in der Fassung vom 25.09.2020, verfügbar unter <https://www.bauministerkonferenz.de/suchen.aspx?id=762&o=7590762&s=musterbauordnung> (14.07.2022).

⁴ Dieses Gutachten beschränkt sich auf Anlagen zur Gewinnung von Windenergie an Land und geht nicht auf Windkraftwerke auf See ein.

Grundstücksflächen und der örtlichen Verkehrsflächen festsetzt.⁵ Die Gemeinde kann im Bebauungsplan Flächen als **Sondergebiet** ausweisen. Dabei muss sie die geplante Art der Nutzung des Sondergebietes festlegen. Die Baunutzungsverordnung nennt unter anderem «**Anlagen, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung erneuerbarer Energien, wie Wind- und Sonnenenergie, dienen**» als mögliche Art der Nutzung.⁶ Aus unserer Recherche geht nicht eindeutig hervor, ob dies auch Anlagen zur Gewinnung von Wasserenergie erfasst. Die Kommentarliteratur bestätigt jedoch, dass es sich bei Wind- und Sonnenenergie lediglich um eine beispielhafte und nicht um eine abschliessende Aufzählung an Anlagen zur Erforschung, Entwicklung oder Nutzung erneuerbarer Energien handelt.⁷

Mehr Informationen zur Bauleitplanung bei Windkraftanlagen finden sich beispielsweise in der in der folgenden Fussnote genannten Quelle.⁸

Gibt es keinen solchen Bebauungsplan, so unterscheidet das Gesetz zwischen im Zusammenhang bebauten Ortsteilen einerseits⁹ und dem Aussenbereich¹⁰ andererseits. Grundsätzlich soll der Aussenbereich nicht bebaut werden. Das Gesetz enthält jedoch Ausnahmen für bestimmte Bauvorhaben, die unter strengerem oder, bei sogenannten privilegierten Vorhaben, weniger strengen Voraussetzungen genehmigungsfähig sind. Gemäss § 35 Baugesetzbuch ist «*[i]m **Außenbereich** [...] ein Vorhaben nur zulässig, wenn **öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und wenn es [...] 5. der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Wind- oder Wasserenergie dient** [...]*».¹¹ Bei Anlagen zur Gewinnung von Wind- oder Wasserenergie handelt es sich demnach um sogenannte **privilegierte Vorhaben** im Aussenbereich. Diese sind genehmigungsfähig, sofern sie ausreichend erschlossen sind und keine öffentlichen Belange entgegenstehen.

1.1.2. Allgemeines oder besonderes Planungsverfahren

Grundsätzlich handelt es sich um ein **allgemeines Planungsverfahren** im Rahmen der Bauleitplanung. Die Gemeinde erlässt also entweder zunächst nur einen **Flächennutzungsplan**, bei welchem sodann die gesetzlichen Vorgaben für das Bauen im Aussenbereich Anwendung finden. Oder sie erlässt darauf aufbauend auch einen **Bebauungsplan**, welcher selbst die massgebenden Vorgaben für Bauvorhaben enthält.

Von diesem allgemeinen Planungsverfahren gibt es jedoch **zwei Ausnahmen**:

Zum einen kann die Gemeinde in ihrem Flächennutzungsplan oder als Ziel der Raumordnung ein **gesondertes Gebiet festlegen**, in welchem bestimmte bauliche Gebäude oder Anlagen wie unter anderem Anlagen zur Gewinnung von Wind- oder Wasserenergie¹² gebaut werden sollen.¹³ Dies

⁵ § 30 Abs. 1 BauGB.

⁶ § 11 Abs. 2 S. 2 BauNVO.

⁷ W. Söfker, in Ch. Külpmann (Hrsg.), Baugesetzbuch Band I, 144. Ergänzungslieferung, München 2021, § 11 BauNVO, Rn. 36b; H. Petz *et al.*, Baunutzungsverordnung, 5. Aufl., München 2022, § 11, Rn. 27.

⁸ M. Klärle & U. Langendörfer, Merkblatt 6-2014: Bebauungsplanung für Windkraftanlagen, 2016, verfügbar unter <https://dvw.de/veroeffentlichungen/standpunkte/1148-bebauungsplanung-fuer-windkraftanlagen> (22.07.2022).

⁹ Vgl. § 34 BauGB.

¹⁰ Vgl. § 35 BauGB.

¹¹ § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB.

¹² Dies gilt neben Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie auch für fünf weitere der acht Kategorien an baulichen Anlagen, die im Aussenbereich grundsätzlich privilegiert sind, vgl. § 35 Abs. 3 S. 3 in Verbindung mit Abs. 1 Nr. 2-6 BauGB.

¹³ § 35 Abs 3 S. 3 in Verbindung mit Abs. 1 Nr. 5 BauGB.

schliesst als Konsequenz den Bau solcher Gebäude oder Anlagen in anderen als dem ausgewiesenen Gebiet aus, auch wenn dies dort normalerweise gestattet wäre.¹⁴

Zum anderen kann die Gemeinde zusammen mit dem Vorhabenträger einen sogenannten **Vorhaben- und Erschliessungsplan** erlassen.¹⁵ Tatsächlich handelt es sich hierbei um einen objektbezogenen Bebauungsplan, welcher ein konkretes Bauvorhaben betrifft. Die Zulässigkeit eines Vorhabens richtet sich dann wie bei einem allgemeinen Bebauungsplan nach den Vorgaben im Vorhaben- und Erschliessungsplan.¹⁶

1.1.3. Ausgestaltung des besonderen Planungsverfahrens

Für die sogenannte **Konzentrationsplanung**, in welcher ein gesondertes Gebiet für eine bestimmte Nutzung festgelegt wird, sind ein **gültiger Flächennutzungsplan** oder ein klar definiertes Ziel der Raumplanung erforderlich. Auch ein Teilflächennutzungsplan reicht aus, sofern er wirksam ist. Der Flächennutzungsplan muss ein **eindeutig definiertes und abgegrenztes Gebiet** als Zone ausweisen, in welcher bestimmte Anlagen wie insbesondere solche zur Gewinnung von Wind- oder Wasserenergie gebaut werden dürfen. Das Bundesverwaltungsgericht hat hierzu klargestellt, dass eine rein negative Ausweisung verboten ist.¹⁷ Darunter wird die Ausweisung eines Gebietes verstanden, deren eigentliches Ziel es nicht ist, dort den Bau bestimmter Vorhaben zu gestatten, sondern den Bau solcher Vorhaben im Rest des Gemeindegebietes zu verbieten. Die ausgewiesene Zone muss sich also tatsächlich für den Bau der dieser Zone vorbehaltenen Vorhaben **eignen**.

Der **Vorhaben- und Erschliessungsplan** zeichnet sich dadurch aus, dass die Initiative hierzu im Gegensatz zur üblichen Bauleitplanung vom Investor kommt. Dieser tritt mit seinem konkreten Bauvorhaben an die Gemeinde heran und beantragt den Erlass eines Vorhaben- und Erschliessungsplans. Über diesen Antrag entscheidet die Gemeinde nach pflichtgemäßem Ermessen. Entweder ebenfalls auf Antrag des Vorhabenträgers oder, sofern die Gemeinde dies als erforderlich erachtet, informiert sie den Vorhabenträger über den voraussichtlich erforderlichen Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung.^{18,19} Es handelt sich also um ein kooperatives Planungsinstrument, bei welchem allerdings die Verantwortung weiterhin bei der Gemeinde liegt.²⁰

1.2. Grosse Anlagen

Es scheint **keine speziellen Planungsverfahren für grosse Anlagen** zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie zu geben.

Im Bebauungsplan kann das Mass der baulichen Nutzung festgelegt werden. Die Baunutzungsverordnung enthält einige Werte, an denen sich die Gemeinden orientieren können. Für die sogenannten sonstigen Sondergebiete gelten die folgenden Orientierungswerte als Obergrenzen:

- Grundflächenzahl: 0.8
- Geschossflächenzahl: 2.4
- Baumassenzahl: 10.0

¹⁴ Eine solche gesonderte Ausweisung stellt einen öffentlichen Belang im Sinne des § 35 Abs. 1 BauGB dar, welcher einem privilegierten Bauvorhaben entgegensteht; W. Söfker, in W. Spannowsky & M. Uechtritz (Hrsg.), BeckOK BauGB, 54. Ed., München 2022, § 35, Rn. 111.

¹⁵ § 12 Abs. 1 BauGB.

¹⁶ § 30 Abs. 2, § 31 BauGB.

¹⁷ Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), Urteil vom 31.01.2013 – Az. 4 CN 1/12.

¹⁸ Im Sinne des § 2 Abs. 4 BauGB.

¹⁹ § 12 Abs. 2 S. 1, 2 BauGB.

²⁰ St. Mitschang, in U. Battis et al. (Hrsg.), Baugesetzbuch, 15. Aufl., München 2022, § 12, Rn. 3, 5.

1.3. Beschleunigende Verfahrensschritte

Grundsätzlich gibt es die Möglichkeit eines **vereinfachten Verfahrens**. Dieses erlaubt es insbesondere, in gewissem Masse auf die Beteiligung der Öffentlichkeit und/oder anderer Behörden zu verzichten oder die entsprechenden Schritte zu vereinfachen.²¹

Ob ein solches vereinfachtes Verfahren jeweils in Frage kommt, hängt jedoch sehr von den **Umständen des Einzelfalles** ab, da verschiedenen positive wie negative Voraussetzungen erfüllt sein müssen.²² Zum Ablauf des vereinfachten Verfahrens siehe beispielsweise die schematische Darstellung auf der Website der Stadt München²³.

2. Baubewilligungsverfahren für Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie

Für das **Genehmigungsverfahren unterscheiden sich** die Regelungen für Anlagen zur Gewinnung von Windenergie von denen für Anlagen zur Gewinnung von Wasserenergie.

Die einschlägigen Vorschriften für die Genehmigung von **Windkraftanlagen** finden sich im Bundes-Immissionsschutzgesetz²⁴ sowie in den jeweiligen Bauordnungen der Bundesländer, welche sich allgemein mit baurechtlichen Aspekten befassen.

Zwar enthält insbesondere das bundesweit gültige Wasserhaushaltsgesetz²⁵ Vorschriften zu ökologischen Anforderungen für Anlagen zur Gewinnung von **Wasserenergie**. Hiervon abgesehen richten sich diese Anlagen allerdings nach den verschiedenen Wassergesetzen der jeweiligen Bundesländer, wobei die relevanten Vorschriften auch dort teilweise auf mehrere Gesetze verteilt sind. Aus Kapazitätsgründen wird hier nicht weiter auf Anlagen zur Gewinnung von Wasserenergie eingegangen.

2.1. Ausgestaltung des Baubewilligungsverfahrens

Das **Bewilligungsverfahren** für Anlagen zur Gewinnung von Windenergie richtet sich nach der **Grösse der Windkraftanlage**.

Für **Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern** ist eine **Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz** erforderlich.²⁶ Eine solche Genehmigung hat Konzentrationswirkung, sodass keine gesonderte Baugenehmigung nötig ist.²⁷ Welche Behörde zuständig ist, hängt vom

²¹ § 13 Abs. 2 BauGB.

²² Vgl. § 13 Abs. 1 BauGB.

²³ muenchen.de, Das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB: Ablaufschema, verfügbar unter <https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:1bb8d123-b3eb-433a-a10c-18c561a1f978/1 vereinfachtes verfahren.pdf> (19.07.2022).

²⁴ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz, BImSchG), verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/bimschg/index.html> (19.07.2022).

²⁵ Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz, WHG), verfügbar unter http://www.gesetze-im-internet.de/whg_2009/index.html (19.07.2022).

²⁶ § 4 Abs. 1 S. 1, 3 BImSchG in Verbindung mit Nr. 1.6 Anhang 1 zur Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen, 4. BImSchV), verfügbar unter https://www.gesetze-im-internet.de/bimschv_4_2013/ (19.07.2022).

²⁷ § 13 BImSchG.

jeweiligen Bundesland ab, in Bayern ist dies beispielsweise die Kreisverwaltungsbehörde.²⁸ Werden 20 oder mehr solcher Windkraftanlagen errichtet, so muss im Rahmen des Genehmigungsverfahrens eine sogenannte Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz²⁹ durchgeführt werden. Bei sechs bis 19 Windkraftanlagen muss eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles nach dem genannten Gesetz erfolgen, bei drei bis fünf Windkraftanlagen eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles.³⁰

Haben die geplanten **Windkraftanlagen eine Gesamthöhe von bis zu 50 Metern**, so wird eine **Baugenehmigung** nach der jeweiligen Landesbauordnung für diese sogenannten **Kleinwindanlagen** benötigt.³¹ Zuständig hierfür ist die jeweilige Baubehörde.³²

15 der 16 Landesbauordnungen sehen zudem Erleichterungen für sogenannte **Kleinstwindanlagen** vor, also für Windkraftanlagen mit einer **Gesamthöhe von bis zu zehn Metern**: In vier Bundesländern³³ sind diese Anlagen **genehmigungsfrei**, wodurch jedoch eine Informationspflicht an die Behörde bleibt.³⁴ In elf Bundesländern³⁵ sind die Anlagen vollständig **verfahrensfrei**, sodass kein Kontakt mit dem Bauamt erforderlich ist.³⁶ Lediglich in Bremen sind Kleinstwindanlagen bis zehn Meter im Gegensatz zu den Kleinwindanlagen bis 50 Meter **nicht privilegiert**.³⁷

Weitere Informationen zum Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen finden sich beispielsweise in den in der folgenden Fussnote genannten Quellen³⁸.

Für Informationen zur Genehmigung von Wasserkraftanlagen siehe beispielsweise die Website Energie-Atlas Bayern der bayerischen Staatsregierung.³⁹

²⁸ Energie-Atlas Bayern, Genehmigung, verfügbar unter https://www.energieatlas.bayern.de/thema_wind/genehmigung.html (19.07.2022).

²⁹ Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/uvpg/index.html> (19.07.2022).

³⁰ Nr. 1.6.1 bis 1.6.3 Anlage 1 UVPG.

³¹ Vgl. § 59 Abs. 1 MBO.

³² Vgl. § 57 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 58 Abs. 1 S. 1 MBO.

³³ Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz.

³⁴ Beispielsweise Rheinland-Pfalz: § 62 Abs. 1 Nr. 4 lit. f) Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO RLP), verfügbar unter <https://www.landesrecht-hamburg.de/bsha/document/jlr-BauOHA2005rahmen> (19.07.2022).

³⁵ Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

³⁶ Beispielsweise Hamburg: Nr. 2a.3 in Teil I der Anlage 2 zur Hamburgischen Bauordnung (HBauO), verfügbar unter <https://www.landesrecht-hamburg.de/bsha/document/jlr-BauOHA2005rahmen> (19.07.2022).

³⁷ Vgl. Bremische Landesbauordnung (BremLBO), verfügbar unter <https://www.bauumwelt.bremen.de/wohnungsbau/planen-bauen/rechtsgrundlagen-3559> (19.07.2022).

³⁸ Fachagentur Windenergie an Land, Genehmigung, verfügbar unter <https://www.fachagentur-windenergie.de/themen/genehmigung/>; S. Helmes, Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen an Land: Rechtliche und praktische Rahmenbedingungen in Deutschland, 2021, verfügbar unter <https://www.windindustrie-in-deutschland.de/publikationen/studien/planung-und-genehmigung-von-windenergieanlagen-an-land-rechtliche-und-praktische-rahmenbedingungen-in-deutschland> (beide 22.07.2022).

³⁹ Energie-Atlas Bayern, Genehmigung, verfügbar unter https://www.energieatlas.bayern.de/thema_wasser/genehmigung.html (19.07.2022).

2.2. Grosse Anlagen

Siehe hierzu oben, unter Punkt 2.1.

Für mehr Informationen zum Genehmigungs- und Anzeigeverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz siehe beispielsweise den Leitfaden des baden-württembergischen Landesministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.⁴⁰

2.3. Wassernutzungsrecht

Grundsätzlich bedarf die **Benutzung eines Gewässers** einer Erlaubnis oder Bewilligung nach dem Wasserhaushaltsgesetz,⁴¹ wobei das Gesetz es den Bundesländern überlässt, welche Behörde hierfür zuständig sein soll. Einen Überblick über verschiedene wasserrechtliche Verfahren bietet beispielsweise die Website des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz.⁴²

Ein Grossteil der Bundesländer erhebt zudem den sogenannten «Wassercent», nämlich ein **Wasserentnahmeentgelt**. Stand 2019 scheint jedoch lediglich das Bundesland Schleswig-Holstein eine solche Abgabe auch für eine Wasserentnahme zum Zwecke der Wasserkraftnutzung zu erheben. Entsprechen Rückführung und Gewässerbenutzung dabei dem Stand der Technik zum Schutz von Wasserlebewesen, so beträgt die Abgabe 0.1 Cent/m³. Dies gilt jedoch nur, wenn es sich um Oberflächenwasser handelt.⁴³

2.4. Windnutzungsrecht

Ein Windnutzungsrecht scheint es bisher noch nicht zu geben. Ein solches wurde im Laufe der vergangenen Jahre jedoch diskutiert.⁴⁴

2.5. Beschleunigende Verfahrensschritte

Bei **Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern** kann gemäss dem **Bundes-Immissionsschutzgesetz** ein vereinfachtes Verfahren angewendet werden, wenn weniger als 20 Windkraftanlagen genehmigt werden sollen.⁴⁵ Bei diesem kann auf eine Beteiligung der Öffentlichkeit verzichtet werden.⁴⁶

⁴⁰ Baden-württembergisches Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Genehmigungs- und Anzeigeverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz: Leitfaden, verfügbar unter https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Umwelt/BlmschG-Genehmigungsleitfaden/Leitfaden-Genehmigungsverfahren-2020.pdf (19.07.2022).

⁴¹ § 8 Abs. 1 WHG. Für das Verfahren bei Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen siehe ausserdem § 11a WHG.

⁴² Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Rechtsgrundlagen Bereich Wasser, verfügbar unter <https://www.stmuv.bayern.de/themen/wasserwirtschaft/recht/index.htm> (19.07.2022).

⁴³ J. Römer, Die Wasserentnahmeentgelte der Länder: Kurzgutachten im Auftrage des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Stand Januar 2019, verfügbar unter https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/fluesse/fluesse_wasserentnahme_entgelt_studie.pdf (19.07.2022).

⁴⁴ Siehe hierzu insbesondere W. Köck, Zur Parallelität von Wassernutzungsrechten und Windnutzungsrechten, in Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR) 2017, S. 684 (684 ff.), verfügbar unter https://www.zur.nomos.de/fileadmin/zur/doc/Aufsatz_ZUR_17_12.pdf (19.07.2022).

⁴⁵ Nr. 1.6.2 Anlage 1 zur 4. BImSchV in Verbindung mit § 19 Abs. 1 S. 1 BImSchG.

⁴⁶ § 19 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BImSchG.

Die **Musterbauordnung** enthält auch eine Modellvorschrift zum vereinfachten Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen von bis zu 50 Metern Höhe. Gemäss diesem vereinfachten Verfahren prüft die Bauaufsichtsbehörde nur beantragte Abweichungen und nicht, ob alle Anforderungen der Bauordnung erfüllt sind.⁴⁷ Auf welche baulichen Anlagen dieses vereinfachte Genehmigungsverfahren Anwendung finden kann, scheint sich je nach Bundesland zu unterscheiden. Es scheint jedoch Konsens darüber zu bestehen, dass es zwar auf sonstige bauliche Anlagen, die keine Gebäude sind, angewendet werden kann,⁴⁸ aber jedenfalls nicht bei Sonderbauten.⁴⁹ Unter Sonderbauten versteht die Musterbauordnung gemäss ihrer Legaldefinition unter anderem bauliche Anlagen mit einer Höhe über 30 Metern.⁵⁰ Daraus ergibt sich, dass das vereinfachte Genehmigungsverfahren für **Windkraftanlagen von bis zu 30 Metern** durchgeführt werden kann, wobei die Details vom jeweiligen Landesrecht abhängen. Für Windkraftanlagen mit einer Grösse von über 30 Metern scheint dies nicht möglich zu sein.

3. Rechtsmittelverfahren

Sowohl die Rechtsmittel im Bauplanungsverfahren als auch diejenigen im Genehmigungsverfahren für den Bau von Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie **scheinen denjenigen des allgemeinen Verwaltungsrechts zu entsprechen**.

3.1. Allgemeines Verwaltungsrecht

Im Rahmen der **Bauleitplanung** stehen zwei Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung:

Zum einen muss beim **Planungsverfahren** in der Regel die Öffentlichkeit mit einbezogen werden. Hierbei kann die Öffentlichkeit **Stellungnahmen** zum geplanten Bauleitplan einreichen und muss dafür auch nicht selbst von der Planung betroffen sein.⁵¹

Zum anderen kann sodann gegen den bereits erlassenen **Bebauungsplan** gerichtlich vorgegangen werden. Da der Bebauungsplan als Satzung erlassen wird,⁵² ist die statthafte Klageart das **Normenkontrollverfahren**.⁵³ Hierfür muss die klagende Partei allerdings selbst in ihren Rechten betroffen sein.⁵⁴

Im Rahmen des **Genehmigungsverfahrens** kommen die folgenden Rechtsbehelfe in Betracht:

Bei der **Baugenehmigung** handelt es sich um einen Verwaltungsakt⁵⁵. Gegen einen solchen sowie bei Ablehnung eines solchen muss in der Regel zunächst ein **Widerspruchsverfahren** bei der zuständigen Behörde durchgeführt werden.⁵⁶

⁴⁷ § 63 S. 1 Nr. 2 im Vergleich zu § 64 S. 1 Nr. 1 MBO.

⁴⁸ Vgl. § 63 S. 1 Var. [B] *lit.* c), Var. [C] *lit.* c), Var. [D] *lit.* b), Var. [E] *lit.* b), Var. [F] *lit.* b) MBO.

⁴⁹ Vgl. § 63 S. 1 Var. [A], Var. [B] *lit.* c), Var. [C] *lit.* c), Var. [D] *lit.* b), Var. [E] *lit.* b), Var. [F] *lit.* b) MBO.

⁵⁰ § 2 Abs. 4 Nr. 2 MBO.

⁵¹ § 3 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 1 BauGB.

⁵² § 10 Abs. 1 BauGB.

⁵³ § 47 Abs. 1 Nr. 1 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/vwgo/index.html> (22.07.2022).

⁵⁴ § 47 Abs. 2 S. 1 VwGO.

⁵⁵ Im Sinne des § 35 S. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/vwvfg/index.html> (22.07.2022).

⁵⁶ § 68 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 VwGO.

Sodann kann mit einer **Anfechtungsklage** oder einer **Verpflichtungsklage** gerichtlich gegen den Verwaltungsakt beziehungsweise gegen die Ablehnung des Antrags auf Erlass eines Verwaltungsakts vorgegangen werden.⁵⁷

Zur Wahrung des **einstweiligen Rechtsschutzes** kann zusätzlich auch ein vorläufiges gerichtliches Eilverfahren gewählt werden.⁵⁸

Mehr Informationen zu den verschiedenen Rechtsmitteln insbesondere im Hinblick auf den Bau von Windkraftanlagen finden sich beispielsweise in den in der folgenden Fussnote genannten Quellen.⁵⁹

3.2. Beschleunigende Verfahrensschritte

Es scheint **keine vereinfachten Verfahren** in den jeweiligen Rechtsmittelverfahren zu geben.

4. Pflicht zur Erstellung von Solaranlagen auf Neubauten

4.1. Bestehen einer Pflicht

Derzeit gibt es in Deutschland keine bundesweit gültige Pflicht, Solaranlagen zu installieren. Der Koalitionsvertrag⁶⁰ der Regierungsparteien sieht jedoch vor, dass «alle geeigneten Dachflächen [...] künftig für die Solarenergie genutzt werden [sollen]. Bei gewerblichen Neubauten soll dies verpflichtend, bei privaten Neubauten soll es die Regel werden.»⁶¹

Auf Landesebene haben bereits mindestens zehn Bundesländer Gesetze verabschiedet, durch welche eine sogenannte Solarpflicht eingeführt wurde oder wird. Die Reichweite dieser Pflicht ist jedoch von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und wird im folgenden Punkt 4.2. kurz zusammengefasst.

4.2. Ausgestaltung der Pflicht

Im Folgenden werden bestehende oder geplante landesrechtliche Solarpflichten kurz dargestellt. Für mehr Informationen zu den einzelnen Regelungen und insbesondere zu Ausnahmen und Befreiungen siehe in den jeweiligen Gesetzen oder in den in der folgenden Fussnote genannten Quellen, welche allerdings ebenfalls lediglich zusammenfassende Übersichten enthalten.⁶²

⁵⁷ § 42 Abs. 1 VwGO.

⁵⁸ Vgl. je nach Anliegen die §§ 80 und 123 VwGO.

⁵⁹ Ph. V. Tettau, Widersprüche und Klagen bei Windenergieprojekten in Deutschland, 2015, verfügbar unter <https://energie-fr-de.eu/de/windenergie/nachrichten/leser/widersprueche-und-klagen-bei-windenergieprojekten-in-deutschland.html>; Deutsch-Niederländische Raumordnungskommission, Planungs- und Bauvorhaben in Deutschland: Was kann ich tun?, 2016, verfügbar unter www.ml.niedersachsen.de/download/105665/Planungs_und_Bauvorhaben_in_den_Niederlanden_Was_kann_ich_tun_nicht_vollstaendig_barrierefrei.pdf (22.07.2022). Zu beachten ist allerdings, dass das Erfordernis, vor einem Normenkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan bereits durch eine Stellungnahme im Rahmen des Planungsverfahrens aktiv geworden zu sein (§ 47 Abs. 2a VwGO), mit Wirkung zum 01.06.2017 weggefallen ist.

⁶⁰ Ein Koalitionsvertrag stellt eine Absichtserklärung der Regierungsparteien dar und ist rechtlich nicht verbindlich.

⁶¹ SPD & BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & FDP, Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, 2021, verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800> (22.07.2022), S. 56 f.

⁶² Energie-experten.org, Bundesländer: Solardachpflicht beim Neubau & Dachsanierung, 15.07.2022, <https://www.energie-experten.org/erneuerbare-energien/solarenergie/solaranlage/solardachpflicht>;

In **Baden-Württemberg** besteht seit dem 1. Januar 2022 eine Photovoltaikanlagenpflicht für neu gebaute Nichtwohngebäude sowie für neue Parkplätze ab 35 Stellplätze. Für private Neubauten gilt die Pflicht seit dem 1. Mai 2022 und ab dem 1. Januar 2023 auch für grundlegende Dachsanierungen.⁶³

In **Bayern** wurde eine Solardachpflicht für Dächer von neu gebauten sowie für Dachsanierungen von Gewerbe- und Industriegebäuden ab dem 1. Januar 2023 beschlossen, für bereits bestehende Gewerbebauten gilt diese Pflicht ab dem 1. Juli 2023. Bei neuen oder dachsanieren Wohngebäuden wurde keine Pflicht, sondern lediglich eine Empfehlung in Form einer Soll-Vorschrift beschlossen.⁶⁴

In **Berlin** besteht ab dem 1. Januar 2023 eine Photovoltaikanlagenpflicht für Neubauten und grundlegende Dachsanierungen bei einer Gebäudenutzfläche von mehr als 50 m². Dabei müssen Neubauten mindestens 30 % ihrer Bruttodachfläche und Bestandsbauten mindestens 30 % ihrer Nettodachfläche für die Photovoltaikanlagen nutzen.⁶⁵

In **Bremen** wurde eine Solaranlagenpflicht für alle Neubauten und grundlegenden Dachsanierungen beschlossen.⁶⁶ Die entsprechenden Vorschriften scheinen jedoch noch nicht in Kraft zu sein und es ist nicht klar, wann sich dies ändern wird.

In **Hamburg** besteht eine Solarpflicht beim Heizungstausch⁶⁷ und ab dem 1. Januar 2023 zusätzlich auch für Neubauten. Die entsprechende Pflicht für Dachsanierungen bei Bestandsgebäuden gilt erst ab dem 1. Januar 2025.⁶⁸

In **Hessen** gibt es einen neuen Gesetzesentwurf für eine Solarpflicht für landeseigene Neubauten und Bestandsgebäude sowie für landeseigene Parkplätze mit mehr als 35 Stellplätzen und andere Parkplätze mit mehr als 50 Stellplätzen.⁶⁹

Deutsche Handwerks-Zeitung, Solarpflicht: In welchen Bundesländern sie gilt oder geplant ist, 04.04.2022, <https://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/wo-eine-solarpflicht-gilt-206871/>; EnBW, Solarpflicht: Kommt die Solarpflicht für alle?, 03.03.2022, <https://www.enbw.com/blog/energiewende/solarenergie/solarpflicht-kommt-die-solarpflicht-fuer-alle/#:~:text=Seit%20dem%201.,Wohngeb%C3%A4ude%2C%20die%20neu%20gebaut%20werden>; Aroundhome, In welchen Bundesländern gilt eine Solarpflicht und wo ist sie geplant?, 02.02.2022, <https://www.aroundhome.de/solaranlage/magazin/solarpflicht-in-deutschland/>; (alle 25.07.2022).

⁶³ §§ 8a – 8e Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg (KSG BW), verfügbar unter https://www.landesrecht-bw.de/jportal/portal/t/64w/page/bsbawueprod.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=1&numberofresults=25&fromdocdoc=yes&doc.id=jlr-KlimaSchGBWrahmen&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=1#focuspoint (25.07.2022).

⁶⁴ Bayerische Staatsregierung, Pressemitteilungen: Bericht aus der Kabinettsitzung vom 22. Juni 2022, verfügbar unter <https://www.bayern.de/bericht-aus-der-kabinettsitzung-vom-28-juni-2022/?seite=5062> (25.07.2022), Nr. 2., Ziffer 1, 3. Spiegelstrich; vgl. das Bayerische Klimaschutzgesetz (BayKlimaG), verfügbar unter <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayKlimaG> (25.07.2022).

⁶⁵ § 4 Solargesetz Berlin (SolarG Bln), verfügbar unter <https://www.berlin.de/sen/energie/erneuerbare-energien/solargesetz-berlin/artikel.1209623.php> (25.07.2022).

⁶⁶ Bremische Bürgerschaft, Beschlussprotokoll 12. Sitzung (Landtag) vom 10. und 11.06.2020, verfügbar unter <https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp20/land/protokoll/b20I0012.pdf> (25.07.2022), Nr. 20/215, Ziffer 5.

⁶⁷ § 11 Hamburgisches Klimaschutzgesetzes (HmbKliSchG), verfügbar unter <https://www.landesrecht-hamburg.de/bsha/document/jlr-KlimaSchGHA2020rahmen> (25.07.2022).

⁶⁸ § 16 HmbKliSchG.

⁶⁹ Gesetzesentwurfes zur Änderung des Hessischen Energiegesetzes vom 05.07.2022 (Drucksache 20/8758), verfügbar unter <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/08758.pdf> (25.07.2022).

In **Niedersachsen** besteht ab dem 1. Januar 2023 eine Photovoltaikanlagenpflicht für mindestens die Hälfte der Fläche eines Daches, wenn dieses mehr als 50 m² gross ist und es sich um einen Neubau eines überwiegend gewerblich genutzten Gebäudes handelt. Die gleiche Pflicht besteht für vergleichbare Wohngebäude ab dem 1. Januar 2025 und für alle anderen Gebäude ab dem 1. Januar 2024. Zudem müssen die Dächer von zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 31. Dezember 2024 neu gebauten Wohngebäuden mit einer ebenso grossen Dachfläche zumindest für die spätere Installation einer Solaranlage konzipiert werden, was die Tragekonstruktion für die zusätzlichen Lasten sowie Platzhalter und erforderliche Anschlüsse und Ausrüstungsteile für Einbau und Betrieb einer Solaranlage umfasst. Ab dem 1. Januar 2023 müssen ausserdem bei neu errichteten offenen Parkplätzen oder Parkdecks mit mehr als 50 Stellplätzen Solaranlagen installiert werden.⁷⁰

In **Nordrhein-Westfalen** gilt seit dem 1. Januar 2022 eine Solarpflicht für neue offene Parkplätze, die Nicht-Wohngebäuden dienen und über mehr als 35 Stellplätze verfügen. Alternativ kann auch eine solarthermische Anlage zur Wärmeerzeugung installiert werden.⁷¹

In **Rheinland-Pfalz** wurde eine ab dem 1. Januar 2023 geltende Photovoltaikanlagenpflicht für Gewerbeneubauten mit mehr als 100 m² Nutzfläche sowie für neue Parkplätze, die Gewerbegebäuden dienen und mindestens 50 Stellplätze haben. Dabei müssen mindestens 60 % der geeigneten Flächen mit Solaranlagen bedeckt werden.⁷²

In **Schleswig-Holstein** besteht seit dem 1. Januar 2022 eine Photovoltaikanlagenpflicht für Nicht-Wohngebäude, sofern diese neu gebaut werden oder wenn mehr als 10 % ihrer Dachfläche renoviert wird sowie für neue Parkplätze mit mehr als 100 Stellplätzen.⁷³

⁷⁰ § 32a Niedersächsische Bauordnung (NBauO), verfügbar unter <https://www.nds-voris.de/jportal/?quelle=jlink&query=BauO+ND&psml=bsvorisprod.psml&max=true&aiz=true> (25.07.2022).

⁷¹ § 8 Abs. 2 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW 2018), verfügbar unter https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=74820170630142752068 (25.07.2022).

⁷² §§ 4, 5 Landessolargesetz Rheinland-Pfalz (LSolarG), verfügbar unter <https://landesrecht.rlp.de/bsrp/document/jlr-SolarGRPrahmen> (25.07.2022).

⁷³ §§ 10, 11 Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein (EWKG), verfügbar unter <https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/jportal/?quelle=jlink&query=EWKSG%20SH&psml=bsshoprod.psml&max=true&aiz=true> (25.07.2022).

B. FRANKREICH

1. Procédure d'aménagement urbain en vue de l'implantation des installations d'exploitation de l'énergie éolienne et hydraulique

À titre liminaire, il est précisé que le présent rapport se concentre sur l'**énergie éolienne terrestre** (ou aérogénérateurs) excluant les éoliennes en mer.

Par ailleurs, s'agissant de l'éolien, il convient de distinguer entre le petit éolien individuel⁷⁴ et le grand éolien. Le petit éolien correspond aux **éoliennes domestiques** et agricoles de moins de 50 m, adaptées aux besoins des particuliers, des exploitants agricoles, des entreprises et bâtiments publics. Le grand éolien se réfère aux **grandes éoliennes** de plus de 50 m, également appelées éoliennes industrielles, ou éoliennes géantes. Les grandes éoliennes font en général partie d'un parc éolien et sont raccordées au réseau électrique du pays ou d'une région et sert à l'alimenter⁷⁵.

1.1. Nécessité d'une procédure d'aménagement urbain

1.1.1. Nécessité

Un projet éolien ou hydraulique doit se conformer aux règles imposées par les différents **documents d'urbanisme** pris à l'échelle nationale, régionale, et communale.

À titre d'illustration, deux documents principaux sont appelés à traiter du développement de l'éolien terrestre⁷⁶ : le schéma régional d'aménagement, de développement durable et d'égalité des territoires (**SRADDET**⁷⁷) et le schéma régional de raccordement au réseau des énergies renouvelables (**S3REnR**⁷⁸).

⁷⁴ Agence de l'Environnement et de la Maîtrise de l'Energie (ADEME), fiche technique « Le petit éolien », disponible sous <https://librairie.ademe.fr/cadic/2924/fiche-technique-petit-eolien-201502.pdf> (23.06.2022).

⁷⁵ A. Lalanne, Le parc éolien en France, disponible sous <https://www.choisir.com/energie/articles/104444/le-parc-eolien-en-france> (23.06.2022).

⁷⁶ Ministère de la Transition Ecologique et Solidaire, Éolien et urbanisme guide à destination des élus, Novembre 2019, disponible sous https://www.cohesion-territoires.gouv.fr/sites/default/files/2019-12/Eolien_et_urbanisme_guide_a_destination_des_elus_-_nov_2019.pdf (27.07.2022).

⁷⁷ Le SRADDET est un document de planification qui, à l'échelle régionale, précise la stratégie, les objectifs et les règles fixées par la Région dans plusieurs domaines de l'aménagement du territoire. (source : Cerema, Le schéma régional d'aménagement, de développement durable et d'égalité des territoires (SRADDET) disponible sous <http://outil2amenagement.cerema.fr/le-schema-regional-d-amenagement-de-developpement-r403.html> (27.07.2022).

La loi n° 2015-991 du 7 août 2015 portant nouvelle organisation territoriale de la République (loi NOTRe) a créé les SRADDET. Seules la Corse et l'Île-de-France sont encore couvertes par des schémas régionaux éoliens (SRE).

⁷⁸ Le S3REnR détermine les conditions d'accueil des énergies renouvelables par le réseau électrique. (source : Cerema, Le schéma régional de raccordement au réseau des énergies renouvelables (S3REnR) <http://outil2amenagement.cerema.fr/le-schema-regional-de-raccordement-au-reseau-des-r760.html> (27.07.2022).

Les S3REnR ne sont pas opposables aux documents d'urbanisme. Ils constituent toutefois un élément important du diagnostic territorial à intégrer par les ScoT et les PLU. (source : Ministère de la Transition Ecologique et Solidaire, Éolien et urbanisme guide à destination des élus, Novembre 2019, op.cit.).

A un échelon normatif inférieur, le **ScoT**⁷⁹ est un document pivot de la planification territoriale stratégique, assurant l'articulation entre le **SRADET**⁸⁰, porté par la région, et les documents d'urbanisme communaux et intercommunaux tels que le plan local d'urbanisme (**PLU**⁸¹).

En application de l'article L. 4251-3 du Code général des collectivités territoriales, les ScoT, et en l'absence de ScoT, les PLU, « **prennent en compte** les objectifs du SRADET » et « sont **compatibles** avec les règles générales du fascicule de ce schéma, pour celles de leurs dispositions auxquelles ces règles sont opposables. »

Ainsi, c'est au sein du PLU qu'une commune pourra prévoir des règles permettant d'organiser l'implantation de projets éoliens. Par exemple, elle pourra définir des secteurs d'implantation des éoliennes dans les **zonages réglementaires du PLU**⁸². (zone urbaine (U), agricole (A) etc.).

En pratique, les projets éoliens et hydrauliques devront veiller à se conformer aux exigences des documents d'urbanisme lors de l'**instruction du permis de construire**⁸³, ou de l'**autorisation environnementale**⁸⁴ le cas échéant.

En parallèle, et à côté des règles existantes en matière d'urbanisme, d'autres réglementations s'appliquent pour l'implantation d'installations éoliennes et hydrauliques. Elles prévoient des procédures complémentaires à celle du permis de construire⁸⁵. Il s'agira notamment, le cas échéant, du régime applicable aux installations classées protection de l'environnement, (**ICPE**⁸⁶) à la nomenclature des installations, ouvrages, travaux et activités (**IOTA**⁸⁷) soumis à la législation sur l'eau, d'une **autorisation de défrichement**⁸⁸, d'une autorisation administrative d'exploiter une **installation de production d'électricité**⁸⁹, de dérogations « **espèces protégées**⁹⁰».

⁷⁹ Ministère de la Transition écologique et de la Cohésion des territoires, Ministère de la Transition énergétique, Le ScoT : un projet stratégique partagé pour l'aménagement d'un territoire https://www.ecologie.gouv.fr/scot-projet-strategique-partage-lamenagement-dun-territoire#scroll-nav_5 (27.07.2022).

⁸⁰ Cerema, climat et territoires de demain, Fiche thématique, Porter les enjeux de l'air, de l'énergie et du climat dans le SRADET, disponible sous <http://outil2amenagement.cerema.fr/porter-les-enjeux-de-l-air-de-l-energie-et-du-r825.html> (27.07.2022).

⁸¹ Le PLU a remplacé le POS (Plan d'Occupation des Sols) par la loi n°2000-1208 du 13 décembre 2000 relative à la Solidarité et Renouvellement Urbain (SRU).

⁸² Ministère de la Transition Ecologique et Solidaire, Éolien et urbanisme guide à destination des élus, op.cit. (pages 24 et 25).

⁸³ Sur le permis de construire : cf. infra question 2.1.

⁸⁴ Sur l'autorisation environnementale : cf. infra question 2.5.

⁸⁵ Direction de l'information légale et administrative (Premier ministre), Ministère chargé de l'urbanisme, Installation d'une éolienne domestique ou agricole, disponible sous <https://entreprendre.service-public.fr/vosdroits/F33368> (23.06.2022).

⁸⁶ Direction de l'information légale et administrative (Premier ministre), Installations classées protection de l'environnement (ICPE) ou installations, ouvrages, travaux, activités (IOTA), disponible sous <https://entreprendre.service-public.fr/vosdroits/F33414> (23.06.2022).

⁸⁷ Ministère de la Transition écologique et de la Cohésion des territoires, Ministère de la Transition énergétique, Nomenclature des installations, ouvrages, travaux et activités (IOTA) <https://entreprendre.service-public.fr/vosdroits/F33414> (29.06.2022).

⁸⁸ Code forestier, articles L. 214-13, L. 341-3, L. 372-4, L. 374-1 et L. 375-4.

⁸⁹ Code de l'énergie, article L. 311-1.

⁹⁰ Code de l'environnement, articles L. 411-1 et s.

1.1.2. Procédure d'aménagement urbain générale ou spécifique

Il n'existe pas de procédure d'aménagement urbain spécifique pour les installations éoliennes et hydrauliques. En revanche, un projet éolien ou hydraulique doit se conformer aux **documents d'urbanisme généraux** en vigueur sur le territoire sur lequel son implantation est envisagée. A l'échelle communale, les petites communes n'ayant pas élaboré de PLU, ont une **carte communale**⁹¹. Ce document leur permet de délimiter les secteurs où les constructions sont possibles sous réserve de la délivrance d'une autorisation de construire.

Si une commune est dotée d'un **PLU**, il faut se référer à son règlement pour vérifier si le projet est réalisable. Le document annexé au présent rapport intitulé « **France – Annexe 1** »⁹² propose notamment un rappel des documents composant le PLU et une analyse sur la réglementation du PLU eu égard à l'implantation des éoliennes industrielles et domestiques.

Le PLU et les autres documents d'urbanisme pris à un échelon supérieur tels que le SCoT ou le SRADDET doivent viser à atteindre des **objectifs du développement durable** posés par l'article L. 101-2 du Code de l'urbanisme. Cet article énonce notamment comme objectif « la lutte contre le changement climatique et l'adaptation à ce changement, (...) la maîtrise de l'énergie et la production énergétique à partir de sources renouvelables ».

Le PLU constitue ainsi un **outil d'expression privilégié et de proximité** pour mener une **politique de développement des énergies renouvelables** telles que l'énergie éolienne ou hydraulique.

Les projets d'installations hydrauliques doivent également se plier aux règles imposées par le PLU et le SCoT⁹³.

1.1.3. Description de la procédure d'aménagement urbain

Sans objet. Il n'existe pas de procédure spécifique d'aménagement urbain pour les énergies éoliennes et hydrauliques.

1.2. Grandes installations

Non, il n'existe pas de procédure spécifique en matière d'aménagement urbain pour les grandes éoliennes et hydrauliques. Des règles spécifiques sont néanmoins prévues par d'autres réglementations⁹⁴.

⁹¹ Ministère de la Transition écologique et de la Cohésion des territoires, Ministère de la Transition énergétique, disponible sous <https://www.ecologie.gouv.fr/carte-communale-document-durbanisme-delivrer-autorisations-construire> (18.08.2022).

⁹² Voir Document intitulé « France – Annexe 1 » établi par l'association AMORCE, Le développement éolien et le Plan local d'Urbanisme, mars 2019.

⁹³ Pour un exemple de projet d'installation hydraulique : Groupement d'intérêt économique « Centrale hydroélectrique Eyguières », Rapport du commissaire enquêteur, 06.07.2017, disponible sous : <https://www.bouches-du-rhone.gouv.fr/content/download/24823/149611/file/RapportConclusEP.pdf>, p.50 et s. (18.08.2022).

⁹⁴ Sur l'énergie hydraulique par exemple : voir, Ministère de la Transition écologique et de la Cohésion des territoires, Ministère de la Transition énergétique, Hydroélectricité, disponible sous <https://www.ecologie.gouv.fr/hydroelectricite> (29.06.2022).

Le Code de l'énergie en son livre V prévoit deux régimes juridiques distincts pour les installations hydroélectriques suivant la puissance maximale brute (PMB) des installations : le régime de la **concession** et celui de l'**autorisation**. Les installations hydrauliques de plus de 4,5 MW sont soumises au régime de la concession tandis que celles de moins de 4,5 MW sont soumises au régime de l'autorisation.

1.3. Démarches pour une procédure accélérée

Sans objet.

2. Procédure pour le permis de construire des installations d'exploitation éolienne et hydraulique

Sur les différences entre le régime applicable aux installations d'énergie éolienne et hydraulique : Même si l'**autorisation environnementale**⁹⁵ est applicable depuis le 1^{er} mars 2017 aux projets d'installations d'énergie éolienne et hydraulique, chacune des énergies conserve quelques spécificités, à savoir :

- L'autorisation environnementale est applicable à toutes les éoliennes terrestres, sous réserve de certaines conditions.
- L'autorisation environnementale ne vaut pas autorisation d'urbanisme sauf pour les éoliennes. Autrement dit, l'autorisation environnementale dispense d'une demande de permis de construire pour les éoliennes sur le fondement de l'article R. 425-29-2 du Code de l'urbanisme.

2.1. Description de la procédure pour le permis de construire

2.1.1. S'agissant d'une installation éolienne

Champ d'application⁹⁶ : Un projet d'installation contenant des éoliennes de moins de 12 m de hauteur n'est pas soumise à une autorisation préalable, ni à une demande de permis de construire⁹⁷. Néanmoins, le respect des dispositions réglementaires sur l'urbanisme⁹⁸ s'impose à tout projet d'installation éolienne quelque soit sa hauteur. Les éoliennes dont la hauteur du mât et de la nacelle au-dessus du sol est supérieure à 12 m nécessitent un permis de construire⁹⁹. En outre, la procédure de permis de construire reste applicable dans le cas où elle n'est pas remplacée par une demande d'autorisation environnementale sur le fondement de l'article R. 425-29-2 du Code de l'urbanisme.

La procédure du permis de construire comprend trois étapes :

Il existe des exclusions à ces régimes. Voir, M. Redon, Répertoire de droit pénal et de procédure pénale, Énergie, Mars 2019, Dalloz (éd.), section 2, article 4 § 1, n° 92 (version en ligne) (30.06.2022).

⁹⁵ Pour consulter l'ensemble des textes législatifs et réglementaires : <https://www.legifrance.gouv.fr/> (26.07.2022).

Code de l'environnement, articles L. 181-1 et s.

Code de l'environnement, articles L. 512-5 et s.

Code de l'environnement, articles R. 181-1 et s.

Code de l'environnement, articles R. 512-1 et s.

Code de l'urbanisme, articles R. 423-20 et s.

⁹⁶ Voir également : Ministère de la Transition Ecologique et Solidaire, Éolien et urbanisme guide à destination des élus, op. cit. (p. 35).

⁹⁷ Code de l'Urbanisme, article R. 421-2 c).

⁹⁸ Code de l'urbanisme, article L. 421-6.

On pensera ici aux règles concernant l'utilisation des sols, l'implantation, la destination, la nature, l'architecture, les dimensions, l'assainissement des constructions et l'aménagement de leurs abords.

⁹⁹ Code de l'Urbanisme, articles R. 421-2 et R. 421-9.

- Le **dépôt de la demande** : L'article R. 431-5 du Code de l'urbanisme précise l'ensemble des éléments que la demande de permis de construire doit contenir ainsi que le cas échéant les pièces complémentaires spécifiques¹⁰⁰.
- L'**instruction de la demande** : le délai d'instruction est de trois mois¹⁰¹.
- La **décision** : À l'issue de l'instruction, l'autorité compétente pour statuer décide soit d'octroyer le permis, éventuellement assorti de prescriptions spéciales, soit de le refuser, soit de surseoir à statuer. L'autorité compétente se prononce par arrêté.¹⁰²

Lorsque les autorisations d'urbanisme ou d'occupation des sols portent sur « les ouvrages de production, de transport, de distribution et de stockage d'énergie¹⁰³ », l'autorité compétente pour délivrer un permis de construire revient au **représentant de l'État**. Il s'agit d'une exception à la règle posée par l'article L. 422-1 du Code de l'urbanisme qui octroie par principe cette compétence au maire si la commune est dotée d'un PLU¹⁰⁴.

2.1.2. S'agissant d'une installation hydraulique

La même procédure du permis de construire s'applique en matière d'installation hydraulique, le principe restant en matière d'urbanisme, celui de l'exigence d'un permis de construire pour les constructions nouvelles¹⁰⁵.

2.2. Grandes installations

Non, il n'existe pas de procédure spécifiquement applicable aux installations éoliennes et hydrauliques en matière de permis de construire. La procédure d'autorisation environnementale (cf. question 2.5.) s'applique, sous certaines conditions, à toutes les éoliennes terrestres et aux installations hydrauliques.

2.3. Autorisation d'utilisation de l'eau

Les ouvrages soumis au régime de la **concession** sont ceux qui dépassent une puissance hydraulique de 4 500 kW. L'instruction des procédures de concession et déclaration d'utilité publique relève de la compétence du **préfet de département** du lieu d'implantation de l'ouvrage, le cas échéant une coordination interpréfectorale, sauf lorsque l'ouvrage dispose d'un potentiel énergétique supérieur ou égal à 100 MW. Dans ce cas, l'instruction relève du **ministre en charge de l'industrie** et la délivrance de la concession relève d'un décret en **Conseil d'État**¹⁰⁶.

¹⁰⁰ Les pièces complémentaires sont listées aux articles R. 431-13 à R. 431-33-2 du code de l'urbanisme, notamment à l'article R. 431-16 dudit code. À titre d'illustration, une étude d'impact est nécessaire pour les éoliennes de plus de 50 m de hauteur.

¹⁰¹ Code de l'urbanisme, article R. 423-23 c).

¹⁰² Code de l'urbanisme, articles L. 424-1 et L. 424-2.

¹⁰³ Code de l'urbanisme, article L. 422-2.

¹⁰⁴ Code de l'urbanisme, article L. 422-1.

¹⁰⁵ Code de l'urbanisme, articles L. 421-1 et R. 421-1.

De plus, divers ouvrages et installations techniques sont considérés comme des « constructions », entrant ainsi dans le champ d'application du permis de construire ; c'est notamment le cas d'un barrage. Voir Conseil d'État, 14 avril 1999, n° 193363, Comité sauvegarde vallée Chambochard.

À noter que l'article R. 421-3 b) du Code de l'Urbanisme précise que tous les ouvrages d'infrastructure terrestre, maritime, fluviale, portuaire ainsi que les équipements ou les installations techniques directement liés à leur fonctionnement, à leur exploitation sont dispensés de permis de construire.

¹⁰⁶ P. Boyer, F. Denier-Pasquier, Polices spéciales de l'eau et protection des milieux aquatiques, disponible sous Lexis Nexis (éd.) JurisClasseur Environnement et Développement durable Fasc. 2960, n° 36 (version en ligne) (30.06.2022).

2.4. Autorisation d'utilisation du vent

Non, il n'existe pas d'autorisation spécifique d'utilisation du vent.

2.5. Démarches pour une procédure accélérée

L'ordonnance n° 2017-80 du 26 janvier 2017 et deux décrets du même jour¹⁰⁷ sont venus mettre en œuvre la réforme de l'**autorisation environnementale**¹⁰⁸. L'objectif de la procédure de l'autorisation environnementale a notamment été de réduire le délai d'instruction de 9 mois dans le cas général contre 12 à 15 mois auparavant, sans pour autant diminuer la sécurité juridique et le niveau de protection environnementale¹⁰⁹.

L'autorisation environnementale, applicable depuis le 1^{er} mars 2017, est une procédure spécifique, simplifiée et accélérée¹¹⁰ pour un projet d'installation éolienne et hydraulique. Elle permet à un projet éolien et hydraulique de regrouper au sein d'un même dossier plusieurs demandes d'autorisation au titre des différentes législations applicables. (Code de l'environnement, Code forestier, Code de l'énergie, ...) L'autorisation environnementale, sous certaines conditions, dispense de la demande de permis de construire¹¹¹ pour les éoliennes terrestres. Ainsi, lorsqu'elle est applicable, la procédure d'autorisation environnementale permet de simplifier le traitement du dossier et de réduire les délais de recours, voire de dispenser d'une demande de permis de construire.

Plusieurs étapes se distinguent au sein de la procédure d'**autorisation environnementale**¹¹² :

- Une **phase en amont** du dépôt du dossier au cours de laquelle le pétitionnaire peut demander l'établissement d'un certificat de projet¹¹³. En outre, l'article D. 181-15-2 du Code de l'environnement liste des pièces complémentaires spécifiques pour les projets ICPE. L'article R. 241-1 du Code de l'environnement prévoit également des pièces complémentaires pour les barrages et ouvrages assimilés¹¹⁴, et pour les aménagements hydrauliques¹¹⁵.

¹⁰⁷ Décret n° 2017-81 du 26 janvier 2017, décret n° 2017-82 du 26 janvier 2017.

¹⁰⁸ Agms, F. Even, M.-L. de la Ville-Baugé, L. Lanoy, O. Vasset, La procédure d'autorisation, disponible sous Lamyliné (éd.) Le guide du responsable hygiène, sécurité et environnement, n° 220-5 (version en ligne) (23.06.2022).

J.-L. Gazzaniga, J.-P. Ourliac, X. Larrouy-Castéra, Eaux – Police de l'eau, disponible sous Lexis Nexis (éd.) Jurisclasseur Rural, fascicule 50, points 11 et suivants (version en ligne) (30.06.2022).

¹⁰⁹ Ministère de l'environnement, de l'énergie et de la mer en charge des relations internationales sur le climat, L'autorisation environnementale : des démarches simplifiées, des projets sécurisées, disponible sous <https://www.ecologie.gouv.fr/sites/default/files/L%E2%80%99autorisation%20environnementale.pdf> (23.06.2022).

¹¹⁰ Ministère de l'environnement, de l'énergie et de la mer en charge des relations internationales sur le climat, L'autorisation environnementale : des démarches simplifiées, des projets sécurisées, disponible sous <https://www.ecologie.gouv.fr/sites/default/files/L%E2%80%99autorisation%20environnementale.pdf> (23.06.2022).

¹¹¹ Code de l'urbanisme, article R. 425-29-2.

¹¹² Sur le détail de la procédure : AGMS, F. Even, M.-L. de la Ville-Baugé, L. Lanoy, O. Vasset, La procédure d'autorisation, op. cit., n° 220-5.

Ministère de l'environnement, de l'énergie et de la mer en charge des relations internationales sur le climat, L'autorisation environnementale, op. cit.

¹¹³ Code de l'environnement, article L. 181-5 2°.

¹¹⁴ Code de l'environnement, article R. 241-1 rubrique 3.2.5.0.

¹¹⁵ Code de l'environnement, article R. 241-1 rubrique 3.2.6.0.

- Le **dépôt du dossier** peut comprendre une étude d'impact ou à défaut une étude d'incidence environnementale prévue par l'article R. 181-14 du Code de l'environnement.
- L'**instruction de la demande** qui se déroule elle-même en trois phases :
 - Une **phase d'examen** d'une durée de 4 mois à compter de la date de l'accusé de réception du dossier, ou de la durée indiquée dans le certificat de projet¹¹⁶, le cas échéant.
 - Une **phase d'enquête publique** prévue par les articles R. 123-1 et suivants du Code de l'environnement, et aux termes de laquelle un rapport d'enquête publique est émis. L'article L. 123-9 du Code de l'environnement prévoit que la durée de l'enquête publique est fixée par l'autorité compétente chargée de l'ouvrir et de l'organiser. Ce même article indique qu'elle dure au **moins 30 jours** pour les projets, plans et programmes soumis à évaluation environnementale. En revanche, aucun texte ne semble fixer de limite maximale de durée. En pratique, l'autorité indique une **durée optimale de trois mois**¹¹⁷.
 - Une **phase de décision** : le préfet statue sur la demande d'autorisation environnementale dans les 2 mois à compter du jour de réception par le pétitionnaire du rapport d'enquête transmis par le préfet, ou dans le délai prévu par le calendrier du certificat de projet, le cas échéant¹¹⁸.

3. Procédure de recours

3.1. Droit administratif général

Oui, les règles générales du droit administratif s'appliquent aux contentieux relatifs aux autorisations d'urbanisme tel que le permis de construire. Il existe deux types de recours¹¹⁹ :

- Un **recours administratif gracieux** : il s'agit en réalité d'une démarche amiable par laquelle l'autorité qui a délivré l'autorisation d'urbanisme, est saisie pour revenir sur sa décision.
- Un **recours administratif contentieux** : la décision d'octroi ou de refus de permis de construire est susceptible d'être attaquée par la voie du recours d'excès de pouvoir (annulation), soit par le demandeur (cas de refus ou de sursis à statuer), soit par des tiers (cas d'octroi d'un permis de construire). Ce recours s'effectue devant le tribunal administratif.

3.2. Démarches pour une procédure accélérée

Les recours administratifs gracieux ou contentieux à l'encontre d'une décision d'urbanisme n'ont pas d'effet suspensif sur l'autorisation d'urbanisme tel que le permis de construire. Autrement dit, rien ne s'oppose légalement à ce que le bénéficiaire d'un permis de construire faisant l'objet d'un recours démarre les travaux. Il est alors possible d'interrompre les travaux par l'introduction d'un **référé-suspension**¹²⁰. Il s'agit d'une mesure d'urgence par laquelle il est demandé au juge de suspendre l'exécution des travaux jusqu'à ce que le juge se prononce sur la légalité de l'arrêté du permis de construire.

¹¹⁶ Code de l'environnement, article R. 181-17.

¹¹⁷ Il est précisé une durée de « trois mois annoncés ». Ministère de l'environnement, de l'énergie et de la mer en charge des relations internationales sur le climat, L'autorisation environnementale, op. cit.

¹¹⁸ Code de l'environnement, article R. 181-41.

¹¹⁹ Direction de l'information légale et administrative (Premier ministre), Contestation d'une autorisation d'urbanisme, disponible sous <https://www.service-public.fr/particuliers/vosdroits/F20567#:~:text=Le%20recours%20s%27effectue%20devant,l%27autorisation%20sur%20le%20terrain> (28.06.2022).

¹²⁰ Direction de l'information légale et administrative (Premier ministre), Ministère chargé de la justice, Litige avec l'administration : référé-suspension disponible sous <https://www.service-public.fr/particuliers/vosdroits/F2549> (28.06.2022).

En outre, le nouveau régime contentieux¹²¹ introduit avec la réforme mettant en œuvre **l'autorisation environnementale** a permis de réduire les délais pour un recours par le pétitionnaire ou par un tiers devant la juridiction administrative. Les pouvoirs du juge sont aménagés et offrent au juge des alternatives à une annulation totale de la décision. Enfin, un recours gracieux est également possible pour le tiers.

4. Obligation d'installer des panneaux solaires sur des bâtiments neufs

4.1. Existence d'une obligation

En 2020, la France est passée d'une réglementation thermique (RT 2012¹²²) à une **réglementation environnementale**, dite **RE 2020**¹²³, plus ambitieuse et exigeante pour la filière construction.

L'un des objectifs de la RE 2020 est de renforcer les exigences de « **sobriété énergétique**¹²⁴ » des bâtiments. Pour y parvenir, la RE 2020 prévoit une réduction de 30% des besoins énergétiques des bâtiments neufs par rapport aux seuils fixés par la RT 2012. Il n'existe **pas d'obligation d'installer des panneaux solaires** sur les bâtiments neufs mais la RE 2020 encourage fortement le développement des énergies renouvelables pour atteindre les objectifs fixés.

Le décret n° 2021-1004 d'application à la RE 2020¹²⁵ relatif aux exigences de performance énergétique et environnementale des constructions de bâtiments en France métropolitaine est paru le 31 juillet 2021. Il s'applique à compter du 1^{er} janvier 2022 à la construction de bâtiments ou parties de **bâtiments à usage d'habitation**, et à partir du 1er juillet 2022 aux constructions de bâtiments ou parties de bâtiments de **bureaux**, ou d'**enseignement primaire ou secondaire**, et à compter du 1er janvier 2023, aux **extensions de ces constructions et aux constructions provisoires**.

4.2. Contenu de l'obligation

Sans objet.

¹²¹ Ministère de l'environnement, de l'énergie et de la mer en charge des relations internationales sur le climat, L'autorisation environnementale, op. cit.

¹²² Ministère de la Transition écologique et de la Cohésion des territoires, Ministère de la Transition énergétique, RT 2012, disponible sous <https://www.ecologie.gouv.fr/reglementation-thermique-rt2012#:~:text=La%20RT2012%20permet%20de%20prendre,confondre%20avec%20l%27%C3%A9nergie%20finale> (28.06.2022).

¹²³ Ministère de la Transition écologique et de la Cohésion des territoires, Ministère de la Transition énergétique, RE 2020, disponible sous https://www.ecologie.gouv.fr/reglementation-environnementale-re2020#scroll-nav_1 (28.06.2022).

¹²⁴ Ministère de la transition écologique, dossier de presse, RE 2020 Eco-construire pour le confort de tous, disponible sous https://www.ecologie.gouv.fr/sites/default/files/2021.02.18_DP_RE2020_EcoConstruire_0.pdf (29.06.2022), page 9.

¹²⁵ Décret n° 2021-1004 du 29 juillet 2021 relatif aux exigences de performance énergétique et environnementale des constructions de bâtiments en France métropolitaine, disponible sous <https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000043877196> (28.06.2022).

C. ITALIEN

1. Procédure d'aménagement urbain en vue de l'implantation des installations d'exploitation de l'énergie éolienne et hydraulique

En Italie, les grandes installations d'exploitation de l'énergie éolienne sont situées dans des endroits en altitude et venteux et sont gérées par l'État alors que les municipalités se dotent de petites centrales (composées d'un petit nombre de pales (1-3 turbines de 3 ou 4 MW)) produisant l'énergie consommée par les habitants sur place¹²⁶. L'implantation individuelle ou mini-éolien (*minieolico*) – comprenant les éoliennes d'une puissance jusqu'à 100 kW – n'est pas très répandue. D'après un rapport de mai 2022, l'énergie produite à partir de l'énergie éolienne en Italie s'est élevée à 1'121 GWh, soit une baisse par rapport au mois précédent de 1'244 GWh¹²⁷. Toutefois, le chiffre annuel progresse et est en augmentation par rapport à l'année précédente (+ 6.7 %)¹²⁸. La plupart des centrales éoliennes se situent au sud de l'Italie (91 %)¹²⁹. Par ailleurs, l'Italie est en train de développer un tourisme autour de parcs éoliens¹³⁰.

Le secteur hydroélectrique est la première source d'énergie renouvelable en Italie, et se classe au quatrième rang en Europe en termes d'énergie produite¹³¹. L'énergie hydroélectrique produit environ 41 % de l'énergie renouvelable totale du pays, à côté de l'énergie géothermique, solaire, éolienne et de la biomasse, outre l'achat d'électricité à l'étranger¹³². Dans l'absolu, l'hydroélectricité fournit environ 15 % de la demande énergétique italienne grâce à plus de 4'000 centrales électriques¹³³. La production s'élève à 46 TWh par an et le nombre de centrales est en augmentation¹³⁴. La plupart des implantations sont situées au nord, le long des Alpes, et au centre, le long des Apennins¹³⁵.

Un projet éolien ou hydraulique doit se conformer à un lourd processus d'autorisations administratives qui relèvent de la compétence de plusieurs administrations qui ne sont pas toujours cohérentes à l'échelle nationale, régionale, et communale et, surtout, qui sont très difficiles et longues à obtenir¹³⁶.

1.1. Nécessité d'une procédure d'aménagement urbain

La Constitution (Article 9) et de nombreuses lois administratives¹³⁷ protègent le paysage italien au moyen de modalités passives, médiate et actives. La protection passive est une protection contraignante, en instaurant par exemple des contraintes paysagères (*vincoli paesaggistici*) qui consistent en

¹²⁶ ANEV, brochure 2021, disponible sous https://www.anev.org/wp-content/uploads/2021/08/Anev_brochure_2021.pdf. Tous les liens internet étaient accessibles le 09.09.2022.

¹²⁷ Terna, Maggio 2022, Rapporto Mensile sul Sistema Elettrico, disponible sous https://download.terna.it/terna/Rapporto_Mensile_Maggio_22_8da5376909d6b2d.pdf.

¹²⁸ *Ibid.*

¹²⁹ Energit, 27 juin 2022, disponible sous <https://energit.it/parchi-eolici-in-italia-la-mappa/>.

¹³⁰ Un guide aux parcs éoliens a été élaboré par Legambiente, disponible sous <https://parchidelvento.it/en/>.

¹³¹ Energit, 14 juin 2022, disponible sous <https://energit.it/quanta-energia-idroelettrica-si-produce-in-italia/>.

¹³² *Ibid.*

¹³³ *Ibid.*

¹³⁴ *Ibid.*

¹³⁵ *Ibid.*

¹³⁶ Chiara Berretta, « L'aria che (non) tira. Perché il settore eolico in Italia non sta decollando », 4 luglio 2022, Linkiesta, disponible sous <https://www.linkiesta.it/2022/07/crisi-settore-energia-eolica-italia-rinnovabili/>.

¹³⁷ Comp. : la loi 1497/39 ; 431/1985 (Galasso).

l'obligation de soumettre à une autorisation paysagère tout projet impliquant la transformation d'espaces protégés. La protection médiate est une protection par le biais d'instruments d'aménagement et de protection du territoire adoptés d'abord à l'échelle régionale, ensuite au niveau de la province, et des communes. À chacune de ces échelles, il peut être prévu des interdictions de construire. Certaines zones peuvent être également destinées à un certain type d'exploitations. La protection active consiste à promouvoir certaines parties du territoire (études scientifiques et divulgation des informations). Les projets de construction de parcs éoliens et de centrales hydroélectriques doivent donc respecter les contraintes paysagères établies au niveau régional, des provinces et municipal et obtenir un certificat de conformité.

1.1.1. Nécessité

Tout le territoire italien est planifié en vue de son aménagement. La planification est faite selon divers critères dont celui de la destination des terrains au titre du droit de l'urbanisme. S'agissant des sources d'énergie renouvelables, en italien « *fonti di energia rinnovabili* » souvent abrégés par l'acronyme FER, il existe une planification spécifique.

1.1.2. Procédure d'aménagement urbain générale ou spécifique

Cette planification est d'abord prévue à l'échelle nationale par des « lignes directrices » adoptées au niveau central, et menées par les régions italiennes qui, à leur tour, peuvent déléguer aux provinces. Ces lignes directrices sont prévues par des dispositions nationales¹³⁸.

1.1.3. Description de la procédure d'aménagement urbain

Les actes administratifs nécessaires à identifier les zones dans lesquelles il est possible de bâtir des FER sont, au niveau central, des décrets ministériels. Le décret ministériel est un acte administratif qui relève de la compétence d'un ministre. Le décret est adopté à la suite d'une séquence ordonnée d'actes (procédure administrative) établie par des règles juridiques dont le respect est contrôlé par le responsable de la procédure. Toute mesure administrative doit poursuivre l'intérêt public. L'adoption du plan national pour l'installation de FER est prévue par la loi¹³⁹. Le plan national se limite à identifier de zones pour l'installation de FER et ne prévoit pas l'installation elle-même.

Les **zones** où l'installation de FER est autorisée en principe et sur le plan national sont les suivantes :

- les sites sur lesquels des installations sont déjà implantées, peuvent accueillir de nouvelles installations, sous réserve qu'aucune modification substantielles ne soit nécessaire ;

¹³⁸ Voir le Décret ministériel D.M. 10 septembre 2010, Linee guida per l'autorizzazione degli impianti alimentati da fonti rinnovabili : (GU Serie Generale n. 219 del 18-09-2010).

¹³⁹ Voir les Decreto Legge 17/05/2022 n. 50 (Gazzetta ufficiale n. 114 17/05/2022) « Decreto legge recante misure urgenti in materia di politiche energetiche nazionali, produttività delle imprese e attrazione degli investimenti, nonché in materia di politiche sociali e di crisi Ucraina » (c.d. Decreto Aiuti) ; Decreto Legislativo 08/11/2021 n. 199 (Gazzetta ufficiale n. 285 30/11/2021) « Attuazione della direttiva (UE) 2018/2001 del Parlamento europeo e del Consiglio, dell'11 dicembre 2018, sulla promozione dell'uso dell'énergie da fonti rinnovabili » (c.d. RED II) ; Decreto Legge 01/03/2022 n. 17 (Gazzetta ufficiale n. 50 01/03/2022) « Misure urgenti per il contenimento dei costi dell'énergie elettrica e del gas naturale, per lo sviluppo delle energie rinnovabili e per il rilancio delle politiche industriali » (Decreto Energia o Decreto Bollette) convertito in Legge 27/04/2022 n. 34 (Gazzetta ufficiale n. 98 28/04/2022) « Conversione in legge, con modificazioni, del decreto-legge 1° marzo 2022, n. 17, recante misure urgenti per il contenimento dei costi dell'énergie elettrica e del gas naturale, per lo sviluppo delle energie rinnovabili e per il rilancio delle politiche industriali », qui ont introduit de nouvelles typologies de zones aptes à l'installation de « FER ».

- les surfaces des sites industriels soumis à assainissement et identifiées selon les règles du code de l'environnement¹⁴⁰ ;
- les caves et les mines qui ont été fermées, qui n'ont pas été soumises à assainissement ou qui sont abandonnées ou qui sont dans un état dégradé du point de vue environnemental ;
- les sites et installations abandonnés mis à la disposition des sociétés du groupe des chemins de fer de l'État italien ;
- les zones qui ne sont pas affectées
 - par la présence de biens soumis à la protection du code du patrimoine culturel¹⁴¹ ;
 - par la zone tampon des biens protégés par les articles 10 et suivants du code du patrimoine culturel ainsi que par l'article 136 du même code.

En détail, il est précisé que la zone tampon est déterminée en considérant une distance du périmètre du bien protégé de 7 kilomètres dans le cas des centrales éoliennes¹⁴².

Les règles définies positivement au niveau national sont complétées par une planification à l'échelle des régions et des provinces. Ces organes identifient plus précisément les zones dans lesquelles bâtir des *FER* par l'adoption d'actes administratifs régionaux, en particulier les actes de la GIUNTA REGIONALE (organe du pouvoir exécutif régional). Les règles locales visent en outre, et surtout, à identifier, de manière négative, toutes les **zones non aptes** à l'installation de *FER*.

La région peut déléguer à ses provinces qui identifient les zones par le biais de leur propres organes exécutifs (*giunta provinciale*) et toujours moyennant un acte administratif qui intervient à la suite d'une procédure complexe et à caractère général. Souvent un dialogue entre les organes provençales et régionales s'instaure et vise à permettre à la région de mieux identifier les zones aptes à loger des installations¹⁴³.

À titre d'illustration, nous renvoyons aux lignes directrices adoptées par les régions italiennes du Lazio¹⁴⁴.

En pratique, les projets éoliens et hydrauliques devront veiller à se conformer aux exigences des documents d'urbanisme afin d'obtenir **le permis de construire**¹⁴⁵.

¹⁴⁰ Voir les arts. 241, 242, 242-ter, 243, 245, 248, 250, 252 e 252-Bis du d.lgs. n. 152 del 2006.

¹⁴¹ Voir le décret législatif 42/2004, disponible sous <https://biblus.acca.it/download/codice-dei-beni-culturali-dlgs-n-422004/>.

¹⁴² Le projet du décret faisait référence à une « zone du cercle dont le rayon est égal à trente fois la hauteur maximale de chaque éolienne et, dans tous les cas, dont le rayon n'est pas inférieur à trois mille mètres, qui inclut tout ou partie des biens protégés ».

¹⁴³ Voir par exemple l'acte de la région de la Lombardie, disponible sous https://www.provincia.brescia.it/sites/default/files/allegati/documenti/6113/2021_05_31_dgr_4803_lineeguidafer.pdf ; la réponse de la province, disponible sous https://www.provincia.brescia.it/sites/default/files/allegati/documenti/6115/allegato_1_risposta_provincia_brescia_t1.2021.00112223_22_11_2021.pdf ; et les nouvelles lignes de la région qui ont suivi la demande de la province, disponible sous https://www.provincia.brescia.it/sites/default/files/allegati/documenti/6117/copia_docprincipale_rl_rlaoot1_2022_1188.pdf.

¹⁴⁴ Disponibles sous <https://www.un-industria.it/canale/energia/notizia/111848/fer-linee-guida-e-di-indirizzo-regionali-di/>.

¹⁴⁵ Sur le permis de construire : cf. infra question 2.1. *FER* - Linee Guida e di indirizzo regionali di individuazione delle aree non idonee per la realizzazione di impianti alimentati da fonti energetiche rinnovabili – UNINDUSTRIA, disponible sous <https://www.un-industria.it>.

1.2. Grandes installations

La procédure spécifique en matière d'aménagement urbain pour les grandes éoliennes et hydrauliques est celle décrite ci-avant au point 1.1.3.

1.3. Démarches pour une procédure accélérée

Les procédures existantes nécessitent d'être allégées pour que l'on accélère la réalisation du plan national, mais pour l'instant, l'installation de *FER* demande de procédures assez longues (voir point 2.)¹⁴⁶.

2. Procédure pour le permis de construire des installations d'exploitation éolienne et hydraulique

A. Permis de construire

La construction et l'exploitation d'installations de production d'énergie alimentées par des sources renouvelables sont soumises à trois modèles de procédure différents, mieux décrites au point 2.1.1. ci-dessous :

- (a) le **modèle d'autorisation unique** visé à l'article 12 du décret législatif 387/2003, modifié en dernier lieu par l'article 5 du décret législatif 28/2011 et l'article 31 du décret législatif 46/2014¹⁴⁷ ;
- (b) la **procédure d'habilitation simplifiée** (PAS) visée à l'article 6, paragraphes 1 à 10, du décret législatif 28/2011 ;
- (c) la **communication relative aux activités de construction libre** conformément à l'article 6, paragraphe 11, du décret législatif 28/2011.

B. Évaluation d'impact sur l'environnement

En plus, dans la mesure où les centrales hydroélectriques et les parcs éoliens ont un impact sur l'eau, le territoire, la flore, la faune et le paysage, des évaluations d'impact sont nécessaires. Parmi celles-ci, l'article 5 du décret législatif 152 du 2006 mentionne :

- la **VAS** (*valutazione ambientale strategica*) ;
- la **VIA** (*valutazione di impatto ambientale*) ;
- la **VIS** (*valutazione di impatto sanitario*) ;
- la **VInCA** (*valutazione di incidenza*)¹⁴⁸.

¹⁴⁶ Chiara Berretta, « L'aria che (non) tira. Perché il settore eolico in Italia non sta decollando », 4 luglio 2022, Linkiesta, disponible sous <https://www.linkiesta.it/2022/07/crisi-settore-energia-eolica-italia-rinnovabili/>.

¹⁴⁷ Comp. l'article 12 du décret législatif 387/2003.

¹⁴⁸ Pour plus d'informations, voir annexe I.

Les procédures varient d'une région à une autre, d'une province à une autre et d'une municipalité à une autre¹⁴⁹. Ces évaluations ne sont pas alternatives, certaines peuvent être intégrées à d'autres (p.ex. une VINCA peut être intégrée à une VIA)¹⁵⁰.

C. Évaluation d'impact acoustique

En ce qui concerne le bruit, la plupart des installations FER rentre parmi les constructions qui nécessitent d'une évaluation d'impact acoustique selon la loi du 26 octobre 1995, n. 447 « *Legge quadro sull'inquinamento acustico* »¹⁵¹. De lignes directrices ont été établies en 2013 pour prévenir et limiter la pollution acoustique des parcs éoliens¹⁵², et un décret ministériel du 1^{er} juin 2022 a précisé les modalités de mesure du bruit et les modalités pour limiter la pollution sonore associée¹⁵³.

2.1. Description de la procédure pour le permis de construire

2.1.1. L'autorisation unique

Les procédures d'autorisation pour la construction et l'exploitation des FER ont été regroupées avec l'introduction de l'« autorisation unique » par le D.Lgs. 387/2003 et par le décret ministériel de développement du 10 septembre 2010.

L'autorisation « **unique** » vise à regrouper une série d'autorisations qui sont nécessaires pour obtenir l'approbation de l'installation. Cependant, d'autres autorisations demeurent nécessaires et viennent ainsi compléter la procédure d'autorisation unique. Ces autorisations doivent alors être demandées séparément. Il s'agit par exemple de la procédure spécifique prévue pour **l'analyse de la prévention des incendies** (auprès du Ministère de l'intérieur).

Chaque région italienne est compétente pour délivrer l'« *autorizzazione unica* » pour tout projet d'installation d'énergie renouvelable (construction, démolition, aménagement du paysage etc.) dont la puissance est inférieure à 300 MW. Cependant, la région peut déléguer cette compétence à chacune de ses provinces. Pour les installations de 300 MW ou plus, la compétence revient au Ministère du développement économique. En ce qui concerne les installations off-shore, la compétence revient à d'autres ministères.

Si l'autorisation est délivrée par une pluralité d'institutions administratives, il est prévu que celles-ci se rencontrent autour d'une **table commune**, pour rationaliser les procédures impliquant la délivrance

¹⁴⁹ Voir par exemple, schéma de la procédure d'évaluation, screening etc. e de la ville de Milan, disponible sous https://www.cittametropolitana.mi.it/ambiente/guida_autorizzazioni_ambientali/imprese_enti/VINCA/iter_procedurale, et celle de la province de Pesaro, disponible sous <https://www.provincia.pu.it/funzioni/pianificazione-territoriale/via-e-valutazione-dincidenza/modulistica-valutazione-dincidenza-ambientale>.

¹⁵⁰ Voir les procédures en vigueur dans la région Campania, disponibles sous http://viavas.regione.campania.it/opencms/export/sites/default/VIAVAS/download/DGR_613_281220_21/Allegato_197222.pdf.

¹⁵¹ GU Serie Generale n. 254 del 30-10-1995 - Suppl. Ordinario n. 125.

¹⁵² Linee Guida per la valutazione e il monitoraggio dell'impatto acustico degli impianti eolici, rapporto n. 103/2013, disponible sous <https://www.isprambiente.gov.it/it/pubblicazioni/manuali-e-linee-guida/resolveuid/5cc8b410913e45cf89ed7643e6714ef7>.

¹⁵³ Ministero della transizione ecologica, decreto 1° giugno 2022. Determinazione dei criteri per la misurazione del rumore emesso dagli impianti eolici e per il contenimento del relativo inquinamento acustico, disponible sous <https://www.gazzettaufficiale.it/eli/gu/2022/06/16/139/sg/pdf>.

d'« actes de consentement » (autorisations, *nulla osta*, avis, etc.) nécessaires pour la réalisation, rénovation ou toute autre intervention sur les installations (*conferenza dei servizi*)¹⁵⁴.

Au sein de chaque région, l'autorisation unique est délivrée par le *Servizio energia e economia verde*. En général, l'autorisation unique est nécessaire pour les projets visant :

- la construction et l'exploitation d'installations de production d'électricité à partir de sources renouvelables ;
- les travaux de modification, d'amélioration, de rénovation totale/partielle et de remise en service de ces installations ;
- les travaux et infrastructures connexes indispensables à la construction et à l'exploitation des installations elles-mêmes.

Cette autorisation ne sert pas à garantir :

- le respect de la réglementation en vigueur en matière de protection de l'environnement, du paysage et du patrimoine historique. Ainsi, en plus de l'autorisation unique, une autre procédure peut être exigée nécessitant l'intervention du **Ministère de la culture**¹⁵⁵ ;
- ce qui est expressément prévu par les réglementations régionales pour les différents types d'installations de production d'électricité à partir de sources renouvelables.

Pour un exemple du déroulement d'une procédure type, voir le cas de la Sardaigne en annexe¹⁵⁶.

2.1.2. Les autorisations nécessaires pour les centrales hydroélectriques

Toutes les installations hydroélectriques qui génèrent plus de 100 kW de puissance électrique doivent être autorisées par la **procédure d'autorisation unique**.

Si la puissance est inférieure ou égale à 100 kW, l'autorisation peut être obtenue par la procédure simplifiée déjà mentionnée : la **PAS (*Procedura abilitativa semplificata*)**.

Selon le point 12.7 des lignes directrices nationales, une petite centrale hydroélectrique ayant les caractéristiques suivantes :

- Sa construction est réalisée dans un bâtiment existant,
- qui ne modifie pas les volumes et les surfaces,
- n'entraîne pas de changement de destination,
- n'affecte pas les parties structurelles du bâtiment,
- n'entraîne pas une augmentation du nombre d'unités de construction,
- n'implique pas une augmentation des paramètres d'urbanisme et
- a une capacité de production compatible avec le régime d'échange sur place

n'a pas besoin d'autorisation car elle peut être considérée comme une activité de construction libre. Pour ce cas très exceptionnel, l'installation d'une petite centrale ne nécessite qu'une **communication préalable à la municipalité**.

¹⁵⁴ La loi n° 241 du 7 août 1990, « Nouvelles règles sur les procédures administratives et le droit d'accès aux documents administratifs », prévoit l'utilisation de la conférence des services pour favoriser la contextualité des décisions, grâce à la participation simultanée des différentes administrations, chacune pour sa propre compétence (par exemple la municipalité, l'ASL, le corps des pompiers, la région, les ministères).

¹⁵⁵ Voir l'article 12 du décret législatif n. 387 de 2003.

¹⁵⁶ Voir annexe II.

En ce qui concerne l'évaluation de l'impact environnemental, la compétence pour la délivrance de la **VIA** appartient à l'État si l'installation de production d'énergie hydroélectrique a une puissance de concession supérieure à 30 MW, y compris les barrages et les réservoirs directement connectés¹⁵⁷.

Les centrales hydroélectriques :

- avec une puissance nominale de concession supérieure à 100 kW ;
- gérées par les consortiums de bonification et d'irrigation, avec une puissance nominale de concession supérieure à 250 kW ;
- construites sur des canaux ou des canalisations existants, sans augmentation du débit dérivé, avec une puissance nominale de concession supérieure à 250 kW

sont nécessairement soumis au « **screening** ». Ce screening relève de la compétence des régions et des provinces autonomes de Trente et de Bolzano¹⁵⁸.

2.1.3. Les autorisations nécessaires pour les parcs éoliens

L'installation d'éoliennes ne nécessite pas la délivrance d'une concession préalable au permis de construire.

Hormis cette différence, les procédures prévues pour l'installation de centrales hydroélectriques s'appliquent aux éoliennes. Comme exposé précédemment (2.1.), il s'agit de l'autorisation unique et de la PAS.

En outre, comme pour les petites centrales, les mini-éoliennes peuvent être également considérées comme des activités de construction libre. Dans ce cas, elles peuvent être réalisées après une notification du début des travaux aux autorités municipales compétentes, par voie télématique.

La procédure d'autorisation simplifiée (PAS) s'applique aux :

- installations éoliennes dont la capacité de production est inférieure au seuil de 60 kW ;
- tours anémométriques pour la mesure temporaire du vent dans le cas où la durée prévue de l'enquête est supérieure à 36 mois.

Une simple notification du début de travaux suffit pour les éoliennes qui ont les caractéristiques suivantes :

- les aérogénérateurs simples dont la hauteur totale n'excède pas 1.5 mètre et dont le diamètre n'excède pas 1 mètre ;
- les interventions qui ne relèvent pas du champ d'application du décret législatif 42/2004, contenant le code du patrimoine culturel et du paysage, dans les cas prévus par l'article 11, paragraphe 3, du décret législatif 115/2008¹⁵⁹ ;

¹⁵⁷ Voir encore le D. Lgs. 3 aprile 2006, n. 152. *Norme in materia ambientale*, art. 4 et ss.

¹⁵⁸ Disponible sous http://www.valutazioneambientale.provincia.tn.it/valutazioni_ambientali/VIA/.

¹⁵⁹ Voir l'article 11, paragraphe 3, du décret législatif 115/2008 « *Fatto salvo quanto previsto dall'articolo 26, comma 1, secondo periodo, della legge 9 gennaio 1991, n. 10, in materia di assimilazione alla manutenzione straordinaria degli interventi di utilizzo delle fonti rinnovabili di energia, di conservazione, risparmio e uso razionale dell'energia in edifici ed impianti industriali, gli interventi di incremento dell'efficienza energetica che prevedano l'installazione di singoli generatori eolici con altezza complessiva non superiore a 1,5 metri e diametro non superiore a 1 metro, (di microcogeneratori ad alto rendimento, come definiti dal decreto legislativo 8 febbraio 2007, n. 20,) nonché di impianti solari termici o fotovoltaici aderenti o integrati nei tetti degli edifici con la stessa inclinazione e lo stesso orientamento della falda e i cui componenti non modificano la sagoma degli edifici stessi, sono considerati interventi di manutenzione ordinaria e non sono soggetti alla disciplina della denuncia di inizio attività di cui agli*

- les tours anémométriques pour la mesure temporaire du vent ayant les caractéristiques suivantes :
 - construites au moyen de structures mobiles, semi-fixes ou autrement amovibles ;
 - installées dans des zones non soumises à des contraintes ou à des protections, à condition qu'il y ait le consentement du propriétaire du terrain ;
 - dont l'enquête ne devrait pas durer plus de 36 mois ;
 - le démantèlement de l'installation et la remise en état des lieux, par le propriétaire, interviennent dans un délai d'un mois à compter de la conclusion de l'enquête.

2.2. Grandes installations

Les règles générales sont essentiellement destinées aux grands projets et les règles spéciales sont destinées aux petits projets.

2.3. Autorisation d'utilisation de l'eau

2.3.1. Nécessité d'une concession préalable à l'autorisation

En Italie, l'eau est considérée comme un bien public. Il en va de même pour son utilisation¹⁶⁰. Ces normes doivent être coordonnées avec celles qui réglementent les sources renouvelables pour la production d'énergie. Selon la définition contenue dans les lignes directrices sur les installations FER (décret ministériel du 10 septembre 2010, voir supra), l'exploitation d'une FER est « une activité économique non réservée aux organismes publics et non soumise à un régime privé ». Ainsi, l'État peut octroyer à des organismes privés une « concession d'usage ». Parmi les FER, sources d'énergie renouvelables, seules les installations hydroélectriques et géothermique nécessitent d'obtenir une concession et ce, préalablement aux autorisations sus visées. Il s'agit de la « *Concessione di derivazione di acque pubbliche superficiali per uso idroelettrico* » prévue à l'origine par le « *Testo unico sulle acque e impianti elettrici* »¹⁶¹.

La législation actuelle distingue les concessions nécessaires pour les installations d'une puissance nominale annuelle moyenne inférieure ou égale à 3'000 kW (« petites dérivations ») des installations d'une puissance nominale annuelle moyennes ou supérieures (« grandes dérivations »).

La compétence administrative pour l'octroi des concessions appartient à la région. En principe, les procédures pour les petites dérivations (qui comprennent les mini et microcentrales hydroélectriques) sont déléguées aux provinces, tandis que la région s'occupe des grandes dérivations. Les procédures et les documents requis pour obtenir une concession ne sont pas uniformes dans tout le pays, mais varient d'une région à l'autre et souvent d'une province à l'autre¹⁶².

articoli 22 e 23 del testo unico delle disposizioni legislative e regolamentari in materia edilizia, di cui al decreto del Presidente della Repubblica 6 giugno 2001, n. 380, e successive modificazioni, qualora la superficie dell'impianto non sia superiore a quella del tetto stesso. In tale caso, fatti salvi i casi di cui all'articolo 3, comma 3, lettera a), del decreto legislativo 19 agosto 2005, n. 192, e successive modificazioni, è sufficiente una comunicazione preventiva al Comune ».

¹⁶⁰ D. Lgs. 3 aprile 2006, n. 152, Norme in materia ambientale. <http://www.normattiva.it/uri-res/N2Ls?urn:nir:stato:decreto.legislativo:2006-04-03;152!vig=2022-09-05>.

¹⁶¹ Regio Decreto 11 dicembre 1933, n. 1775 « Approvazione del testo unico delle disposizioni di legge sulle acque e sugli impianti elettrici », disponible sous <http://www.normattiva.it/uri-res/N2Ls?urn:nir:stato:regiodecreto:1933-12-11;1775>.

¹⁶² Voir par exemple : Marco Ceruti, La nuova legge n. 5/2020 sulle grandi concessioni idroelettriche in Lombardia Rivista Italiana di Diritto Pubblico Comunitario, 2020, p. 687.

Une fois la concession obtenue, le concessionnaire peut exploiter l'installation contre le paiement d'une redevance périodique et de redevances complémentaires (riveraine et des bassins montagnards – *bacini imbriferi montani*)¹⁶³. Les redevances complémentaires sont censées compenser les municipalités sur le territoire desquelles sont implantées les installations de production hydroélectrique dont la puissance nominale annuelle est supérieure à 220 kW.

La durée moyenne de la concession est de trente ans avec la possibilité d'un renouvellement à son expiration. À la suite de la libéralisation du marché de l'électricité introduite par le « décret Bersani »¹⁶⁴, ces prorogations sont devenues presque automatiques. Un décret plus récent¹⁶⁵ a remanié les critères de renouvellement des concessions de grande dérivation. Un futur décret ministériel est supposé réglementer les aspects suivants :

- la détermination des exigences organisationnelles et financières minimales pour participer à l'appel d'offres ;
- les critères et paramètres de définition de la durée de la concession ;
- les paramètres technico-économiques permettant de déterminer la contrepartie due au concessionnaire sortant.

Le secteur des concessions hydroélectriques traverse depuis plusieurs années une phase de transition où il peine à sortir d'une structure oligopolistique pour devenir ainsi plus concurrentiel¹⁶⁶.

2.3.2. Les autorisations nécessaires à la construction de centrales hydroélectriques

Les trois procédures d'autorisation décrites sous 2.1.2. ne sont pas coordonnées avec les règles de délivrance de la concession. Autrement dit, la procédure d'obtention de la concession ne s'inscrit pas dans la procédure d'autorisation, mais la précède. Il y a ainsi une « double procédure » (Concession + autorisation de construction et d'exploitation), ce qui explique la longueur et la difficulté du processus nécessaire pour commencer l'exploitation de la centrale.

2.4. Autorisation d'utilisation du vent

Sans objet.

2.5. Démarches pour une procédure accélérée

Sans objet.

3. Procédure de recours

Il s'agit des procédures ordinaires devant les tribunaux administratifs régionaux et devant le Conseil d'État.

¹⁶³ Voir l'article 53 de la loi. Des clarifications sur ces « *sovracononi* » sont données par la région du Piémont, disponible sous <https://www.regione.piemonte.it/web/temi/ambiente-territorio/ambiente/acqua/sovracononi-favore-dei-bacini-imbriferi-montani-bim-degli-enti-rivieraschi>.

¹⁶⁴ D. Lgs. marzo 1999, n. 79 Attuazione della direttiva 96/92/CE recante norme comuni per il mercato interno dell'energia elettrica, disponible sous <http://www.normattiva.it/uri-res/N2Ls?urn:nir:stato:decreto.legislativo:1999-03-16;79>.

¹⁶⁵ Voir notamment l'article 37 du D. L. 22 giugno 2012, n. 83, Misure urgenti per la crescita del Paese, disponible sous <http://www.normattiva.it/uri-res/N2Ls?urn:nir:stato:decreto.legge:2012-06-22;83>.

¹⁶⁶ Paola Brambilla, Aspetti legali del rinnovo delle concessioni idroelettriche in Italia, Rivista Giuridica dell'Ambiente, fasc. 5, 2014, pag. 473.

Malgré la complexité de la procédure, les recours sont fréquents.

Pour un exemple de recours, une décision portant sur l'impact négatif qu'aurait eu un la proximité d'un parc éolien sur la valeur commerciale des biens immobiliers et des fermes situées dans un paysage de valeur. Le Tribunal administratif régional a considéré que l'intérêt à agir et la légitimité du droit d'agir de deux sociétés étaient fondés tant en raison de la protection d'un bien commun tel que le paysage que du point de vue d'un intérêt personnel, actuel et concret à éviter la dépréciation du complexe immobilier.

4. Obligation d'installer des panneaux solaires sur des bâtiments neufs

L'obligation d'installer des panneaux solaires concerne tous les bâtiments neufs¹⁶⁷ et les bâtiments faisant l'objet d'une rénovation importante¹⁶⁸, pour lesquels la demande de permis de construire est déposée à partir du 13 juin 2022¹⁶⁹.

Ces bâtiments doivent être dotés d'installations alimentées par des sources renouvelables pour couvrir au moins 60 % de la consommation prévue pour la production d'eau chaude sanitaire et 60 % de la somme des consommations prévues pour la production d'eau chaude sanitaire, la climatisation d'hiver et la climatisation d'été.

Pour les bâtiments publics, le pourcentage de couverture est de 65 %.

Sont exclus de cette obligation :

- les bâtiments reliés à un réseau de chauffage et/ou de refroidissement urbain, à condition que ce système couvre la totalité de la demande d'énergie thermique ;
- les bâtiments destinés à répondre à des besoins temporaires et devant en tout état de cause être retirés dans un délai de 24 mois à compter de la date d'achèvement des travaux de construction ;
- les bâtiments publics mis à la disposition des forces armées si les exigences sont incompatibles avec leur nature et leur destination ;
- les bureaux, hôpitaux et bâtiments commerciaux.

Le décret contient 8 annexes :

- Annexe I – Modalités de calcul des objectifs (article 3, al. 4) ;
- Annexe II – Dispositions relatives à la simplification des procédures pour l'installation d'équipements pour les sources d'énergie renouvelables et l'efficacité énergétique dans les bâtiments (article 25) ;

¹⁶⁷ La définition est contenue à l'article 2 du décret législatif 28 de 2011 : Un nouveau bâtiment est défini comme tout bâtiment pour lequel la demande du permis de construire correspondant, quelle que soit sa dénomination, a été déposée après la date d'entrée en vigueur du décret législatif 28 de 2011.

¹⁶⁸ *Ibid.* Un bâtiment faisant l'objet d'une rénovation majeure est défini comme tout bâtiment existant d'une surface utile supérieure à 1000 mètres carrés, sous réserve d'une rénovation complète des éléments de construction constituant l'enveloppe, ainsi que tout bâtiment existant soumis à la démolition et à la reconstruction, y compris l'entretien extraordinaire.

¹⁶⁹ D. Lgs. 8 novembre 2021, n. 199. Le pourcentage de couverture de la consommation par des sources renouvelables a progressivement augmenté au fil des ans : 20 % avec le décret législatif n° 28/2011 ; 35 %, pour les permis demandés avant le 31 décembre 2017 ; 50 % à partir de 2018 ; 60 % et 65 % à partir du 13 juin 2022.

- Annexe III – Obligations pour les bâtiments neufs, les bâtiments existants et les bâtiments faisant l'objet d'une rénovation importante (article 26) ;
- Annexe IV – Exigences minimales pour les installations de chauffage et de refroidissement renouvelables (article 29) ;
- Annexe V – Contenu énergétique des combustibles (article 39) ;
- Annexe VI – Calcul pour les biocarburants et les bioliquides (article 2) ;
- Annexe VII – Calcul pour les combustibles issus de la biomasse (article 2) ;
- Annexe VIII – *Double counting* des matières premières (article 2).

L'installation de systèmes solaires photovoltaïques et thermiques sur les bâtiments n'est pas considérée une intervention extraordinaire sur des bâtiments et ne nécessite donc pas des autorisations ou ne fait pas l'objet d'actes administratifs.

Il faut remplir un « modèle unique simplifié » pour ces interventions et pour les installations photovoltaïques posées sur toiture jusqu'à 200 kW.

Le *Modello Unico* (MU) pour les petites installations photovoltaïques est un formulaire en ligne à remplir pour l'installation de nouvelles installations photovoltaïques de production d'énergie posées ou intégrées aux toits des bâtiments.

Ce formulaire comporte deux parties : une première partie à remplir et à envoyer avant le début des travaux avec les informations du demandeur, les données cadastrales du bien concerné, une description sommaire indiquant les caractéristiques du système, etc. ; et une seconde partie à envoyer à l'achèvement des travaux, avec les données de l'installation et la documentation pertinente.

ANNEXE I : Évaluation d'impact sur l'environnement

L'évaluation environnementale stratégique (**VAS**) est liée aux PAT et PATI (plans d'aménagement du territoire municipaux et intercommunaux)¹⁷⁰. Il s'agit d'une procédure qui comprend les étapes suivantes : « la vérification du besoin d'autorisation, élaboration du rapport environnemental, réalisation de consultations, évaluation du plan ou du programme, rapport et résultats des consultations, expression d'un avis motivé, information sur la décision et suivi »¹⁷¹.

L'objectif de la **VIA** est d'évaluer les effets des installations sur la santé humaine et sur les composantes de l'environnement naturel et artificiel¹⁷². Il s'agit d'une procédure qui comprend les étapes suivantes : « le processus de préparation et de soumission de l'étude d'impact sur l'environnement par le proposant, les consultations, l'évaluation de l'impact environnemental, l'étude d'impact sur l'environnement, toute information

¹⁷⁰ Voir arts. 11-18 du décret législatif 152/06 (transposition des Directives : 2001/42/CE du Parlement européen et du Conseil du 27 juin 2001 relative à l'évaluation de l'impact de certains plans et programmes sur l'environnement ; 2014/52/UE du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 modifiant la directive 2011/92/UE sur l'évaluation des effets sur l'environnement de certains projets publics et privés ; 2008/1/CE du Parlement européen et du Conseil du 15 janvier 2008 relatif à la prévention intégrée de la pollution et à la protection de l'environnement.

¹⁷¹ Ibid. Art. 5 a).

¹⁷² Arts. 19-29 du décret législatif 152/06. Voir aussi l'art. 26, D. Lgs. 22 gennaio 2004, n. 42, Codice dei beni culturali e del paesaggio, ai sensi dell'articolo 10 della legge 6 luglio 2002, n. 137, disponible sous <http://www.normattiva.it/uri-res/N2Ls?urn:nir:stato:decreto.legislativo:2004-01-22:42>. Pour les normes applicables, par exemple, dans la région Veneto, disponibles sous <https://www.regione.veneto.it/web/vas-via-vinca-nuvv/normativa-per-settore#ancora4>.

supplémentaire fournie par le demandeur et les résultats des consultations, l'adoption de la mesure de VIA sur les incidences environnementales du projet, l'intégration de la mesure VIA dans la mesure d'approbation ou d'autorisation du projet »¹⁷³.

L'objectif de la **VIS** est d'évaluer les effets des installations sur la santé humaine. Il s'agit d'une procédure qui comprend les étapes suivantes : « évaluation de l'impact sur la santé, [...] préparée par le demandeur sur la base de lignes directrices adoptées par arrêté du ministre de la santé, qui fait référence à l'Istituto Superiore di Sanità, afin d'évaluer les incidences globales directes et indirectes ainsi que les conséquences de la mise en œuvre et de l'exploitation du projet sur la santé de la population »¹⁷⁴.

La **VIncA** est une procédure à laquelle doivent être soumis les plans, programmes et projets susceptibles d'affecter les sites « Natura 2000 »¹⁷⁵. Plus précisément, il s'agit d'une « procédure à caractère préventif à laquelle tout plan ou projet susceptible d'avoir un impact significatif sur un site ou sur une zone géographique proposée comme site Natura 2000, individuellement ou en combinaison avec d'autres plans et projets et en prenant en compte des objectifs de conservation du site »¹⁷⁶.

Avant de procéder à la VIA, un « *screening* » visant à évaluer les effets et la durabilité de l'installation afin d'assurer un niveau élevé de protection de l'environnement est prévu¹⁷⁷. Plus précisément, il s'agit d'un « document à soumettre pour le lancement de la procédure de vérification préalablement à la VIA, et contenant des informations sur les caractéristiques du projet et ses effets significatifs probables sur l'environnement »¹⁷⁸.

Les lignes directrices pour la vérification préliminaire (*screening*) ont été établies par un décret ministériel qui complète les critères du décret législatif de référence sur la VIA. Il en ressort que même des centrales qui ne dépassent pas les 100 ou 250 kW peuvent être soumises à la procédure de VIA. En outre, cette procédure est requise si l'installation se situe dans des zones appelées « **SIC** » (*Sito di importanza comunitaria*) ou « **ZPS** » (*Zone a protezione speciale*), ou lorsqu'elle est située en dehors de ces zones, mais peut les affecter¹⁷⁹.

ANNEXE II : Déroulement d'une procédure type : cas de la Sardaigne

En Sardaigne, la demande d'autorisation unique a été définie par la délibération de l'organisme régional (Giunta) n° 3/25 du 23.01.2018. Celle-ci contient un formulaire en annexe, qui doit être utilisé sous peine d'irrecevabilité de la demande.

La demande d'autorisation unique doit être accompagnée des documents suivants :

- a) une copie du projet définitif de l'installation décrivant les travaux de raccordement au réseau (selon le devis de raccordement établi par le gestionnaire du réseau national d'électricité ou de distribution) ;
- b) les infrastructures indispensables prévues pour la construction et l'exploitation ;

¹⁷³ *Ibid.* Art. 5 b).

¹⁷⁴ *Ibid.* Art. 5 b bis).

¹⁷⁵ Voir, par exemple, les lignes directrices pour l'évaluation d'impact édictées en novembre 2021 par la région Lombardia, disponibles sous <https://www.regione.lombardia.it/wps/wcm/connect/a5a8675a-fde5-44a2-8f41-e3411e3dc39f/Linee+Guida+per+la+Valutazione+di+Incidenza+-+Allegato+A+DGR+55232021.pdf?MOD=AJPERES&CACHEID=ROOTWORKSPACE-a5a8675a-fde5-44a2-8f41-e3411e3dc39f-nWw7Znm>. Un récapitulatif des normes régionales est offert par une étude de 2021 de l'association de protection des oiseaux (LIPU), disponible sous <http://www.lipu.it/pdf/Report-Ricognizione-VIncA.pdf>.

¹⁷⁶ *Ibid.* Art. 5 b ter).

¹⁷⁷ D.M. 30 marzo 2015, Linee guida per la verifica di assoggettabilità a valutazione di impatto ambientale dei progetti di competenza delle regioni e province autonome, previsto dall'article 15 del decreto-legge 24 giugno 2014, n. 91, convertito, con modifications, dalla legge 11 agosto 2014, n. 116. (GU Serie Generale n. 84 del 11-04-2015), disponible sous <https://www.gazzettaufficiale.it/eli/id/2015/04/11/15A02720/sg>.

¹⁷⁸ *Ibid.* Art. 5 g bis).

¹⁷⁹ Voir aussi la Dir. Habitat 92/43/EEC, la Convention de Berne de 1979, la Convention de Bonn de 1979.

- c) le plan de démantèlement de l'installation et de remise en état des lieux.

Le projet doit être signé numériquement par les professionnels qualifiés intervenus pour les différentes catégories de travaux et d'installations concernées. Le projet doit comprendre :

1. Une description complète :
 - a) les données générales du demandeur ;
 - b) les critères d'implantation de l'installation dans le territoire ;
 - c) la description du choix technologique (pour les biomasses, les procédés thermochimiques et/ou biochimiques) ;
 - d) une analyse de la productibilité attendue ;
 - e) le mode d'approvisionnement de toute ressource utilisée (pour la biomasse, les usines de production de biogaz ou de biocarburants) ;
 - f) les heures annuelles équivalentes de fonctionnement ;
 - g) pour la biomasse, l'origine de la ressource utilisée ;
 - h) pour les parcs éoliens :
 - i) une description des caractéristiques anémométriques du site,
 - ii) les méthodes et la durée des mesures, qui ne peuvent être inférieures à un an,
 - iii) les conclusions sur les heures annuelles équivalentes de fonctionnement ;
2. une description chronologique détaillant :
 - a. les étapes ;
 - b. le calendrier ;
 - c. le mode d'exécution de tous les travaux prévus, y compris les travaux de raccordement au réseau de toutes les autres infrastructures indispensables à la construction et à l'exploitation de l'installation ;
 - d. une estimation de leur durée de vie utile ;
3. une description de tous les aspects concernant :
 - a. la géologie ;
 - b. la topographie ;
 - c. l'hydrologie ;
 - d. les structures ;
 - e. la géotechnique ;
 - f. les aspects concernant les interférences ;
 - i. les expropriations ;
 - ii. le paysage ;
 - iii. l'environnement ;
 - iv. les biens d'intérêt historique, artistique et archéologique ;
 - v. l'étude de faisabilité environnementale si nécessaire ;
4. le plan de démantèlement de l'installation:
 - a. les procédures d'enlèvement de l'installation elle-même, des infrastructures et de tous les ouvrages connexes (y compris le réseau de raccordement) ;
 - b. la remise en état des sites en fonction des vocations spécifiques du territoire ;
 - c. les procédures d'élimination des matériaux démantelés ;
 - d. dans le cas des centrales hydroélectriques, une description des mesures de réintégration et de récupération environnementale ;
5. Les rapports techniques spécialisés :
 - a. des rapports géologiques, géotechniques, hydrologiques ou hydrogéologiques ;
 - b. l'étude de l'aménagement urbain et le certificat d'urbanisme faisant état des servitudes grevant le terrain ;

- c. si nécessaire le rapport de compatibilité avec le paysage, conformément au décret législatif n° 42 de 2004 ;
 - d. le rapport archéologique/historique et artistique, conformément au décret législatif n° 42 de 2004 partie II, le cas échéant ;
 - e. l'étude de faisabilité environnementale, si nécessaire ;
 - f. les calculs de dimensionnement des structures et des systèmes, pour permettre la détermination de tous les éléments dimensionnels, en démontrant leur pleine compatibilité avec les aspects architecturaux et les systèmes et, plus généralement, avec tous les autres aspects du projet. Dans le cas de calculs effectués à l'aide de programmes informatiques, le rapport de calcul précise les hypothèses retenues et fournit des indications permettant une parfaite lisibilité ;
6. Le cahier des charges descriptif et de performance des éléments techniques de tous les ouvrages ;
 7. le plan parcellaire des zones concernées par l'intervention, sous forme de tableau sur lequel sont indiquées à minima les informations suivantes : propriétaires, données cadastrales, superficie totale et superficie occupée, occupation du bien ;
 8. le plan d'expropriation des zones concernées par l'intervention, lorsqu'il est fourni, avec, notamment :
 - a. le nom des titulaires (données personnelles et fiscales et résidence des titulaires y compris les usufruitiers) ;
 - b. les données cadastrales, la superficie totale et la superficie occupée, l'estimation de l'indemnité d'expropriation, type d'occupation ainsi que rapport technique accompagnant le plan parcellaire ;
 9. le calcul métrique estimé des travaux, y compris les coûts de mise hors service et de restauration de l'état des sites et, dans le cas des centrales hydroélectriques, les mesures proposées pour la remise en état et la réhabilitation de l'environnement ;
 10. le calendrier des travaux pour la construction de l'ouvrage et le démantèlement et la restauration des sites ;
 11. le cadre territorial de l'intervention, de tous les ouvrages jusqu'au point de raccordement, sur une base IGM, échelle 1 : 25'000 ;
 12. le tracé territorial de l'intervention, de tous les ouvrages jusqu'au point de raccordement, sur la base de la Carte Technique Régionale (CTR), à l'échelle 1 : 10'000, cette cartographie indique, outre le périmètre de l'installation, les infrastructures et les ouvrages de raccordement au réseau électrique, toutes les contraintes environnementales qui peuvent être présentes dans les zones concernées ou dans les zones environnantes ;
 13. l'extrait du ou des plans d'aménagement municipaux en vigueur avec l'emplacement des travaux jusqu'au point de raccordement ;
 14. plan cadastral, à l'échelle 1 : 2'000, avec l'identification des parcelles de terrain concernées (également par l'expropriation éventuelle) à la date de présentation de la demande ;
 15. la planimétrie des excavations, des terrassements et des remblais ;
 16. le plan descriptif général de l'intervention, de tous les ouvrages jusqu'au point de raccordement, coté (au moins à l'échelle 1 : 250) établi sur la base du relevé plano-altimétrique des zones ;
 17. la planimétrie des zones du site ;
 18. les plans des différents composants, équipements et structures de support, avec les détails de montage, la position des différents équipements, les dimensions, etc. En particulier, les dessins doivent comprendre au moins : des plans avec la disposition des équipements par rapport aux différents systèmes (échelle 1 : 100 et 1 : 50) ; des tracés des gaines de câbles avec des sections standard et des détails de la pose souterraine, de l'ancrage et/ou de la suspension des gaines ; des tracés de tuyauteries avec des sections standard et des détails de la pose (échelle 1 : 100 et 1 : 50) ; des détails standard de l'exécution des systèmes (échelle 1 : 20) ;
 19. sections et élévations ;
 20. documentation photographique et photo-simulation de l'intervention ;
 21. dans le cas d'installations alimentées par la biomasse, il faut également joindre les éléments suivants *[omissis]* ;

22. un devis de raccordement, complet avec la solution technique minimale et le plan correspondant, établi par le gestionnaire du réseau électrique national ou le gestionnaire du réseau de distribution, conformément aux dispositions pertinentes dictées par l'Autorité de régulation de l'électricité, du gaz et du système hydrique (AEEGSI), et explicitement accepté définitivement par le proposant ; le devis est accompagné des documents nécessaires à la délivrance de l'autorisation des installations de réseau pour le raccordement, établis par le gestionnaire de réseau compétent ou convenus avec celui-ci, ainsi que des documents relatifs aux éventuelles installations utilisatrices du raccordement, établis par le proposant. Les deux documents précités comportent tous les schémas utiles à la définition du raccordement ;
23. dans le cas d'une installation alimentée à la biomasse ou d'une installation photovoltaïque, il faut joindre la documentation attestant la disponibilité de la zone sur laquelle l'installation doit être construite (copie certifiée des titres enregistrés tels que : droits réels de superficie et d'usufruit, avant-contrat ou titre de propriété du terrain lui-même) et les travaux connexes sur la base desquels le demandeur certifie qu'il satisfait aux exigences énoncées à l'article 27, paragraphe 42 de la loi n° 99 de 2009, ou, dans le cas où la demande de déclaration d'utilité publique des ouvrages raccordés et l'apposition de la contrainte préalable à l'expropriation sont requises, les dispositions de l'article 17 des présentes Directives sont applicables ;
24. pour les autres installations, la documentation prouvant la disponibilité de la zone affectée par la construction de l'installation et des ouvrages connexes, ou, lorsqu'une procédure d'expropriation est nécessaire, la demande de déclaration d'utilité publique des ouvrages et de saisie de la contrainte préalable à l'expropriation ;
25. pour les centrales hydroélectriques, la concession de dérivation des eaux pour l'utilisation hydroélectrique, si elle est déjà acquise ;
26. la déclaration du demandeur, conformément à l'article 47 du décret présidentiel 445/2000, prévue à l'annexe A1, certifiant les références cadastrales et la destination des zones concernées par le projet ;
27. déclaration par le demandeur, conformément à l'article 47 du décret présidentiel n° 445 de 2000, prévue à l'annexe A1, certifiant que la procédure de vérification VIA auquel est soumise l'installation a été engagée ou qu'elle est nécessaire, ou que la procédure n'a pas été engagée ;
28. une déclaration du demandeur, conformément à l'article 47 du décret présidentiel 445/2000, prévue à l'annexe A1, indiquant que l'installation est soumise ou non à la procédure d'autorisation environnementale intégrée (« *Autorizzazione Integrata Ambientale (A.I.A.)* ») ;
29. déclaration du demandeur, conformément à l'article 47 du décret présidentiel 445/2000, prévue à l'annexe A1, certifiant que les zones concernées par l'intervention sont ou ne sont pas incluses parmi les sites d'importance communautaire (S.I.C.) en vertu de la directive communautaire n. 92/43/CEE « Habitat » et parmi les zones de protection spéciale (ZPS) en vertu de la directive communautaire n. 2009/147/CE « Oiseaux » ;
30. déclaration du demandeur, aux termes de l'article 47 du décret présidentiel 445/2000, telle que prévue à l'annexe A1, certifiant la destination des zones concernées par l'intervention et le fait que ces mêmes zones sont ou non comprises dans les sites d'importance communautaire (SIC) aux termes de la directive communautaire n° 92/43/CEE « Habitat » et dans les zones de protection spéciale (ZPS) aux termes de la directive communautaire n° 2009/147/CE « Oiseaux » ;
31. déclaration du demandeur, conformément à l'article 47 du décret présidentiel 445/2000, prévue à l'annexe A1, certifiant que les zones concernées par l'intervention sont ou non soumises à des contraintes paysagères ;
32. une déclaration du demandeur, conformément à l'article 47 du décret présidentiel 445/2000, prévue à l'annexe A1, des personnes (dites parties contre-intéressées) à l'égard desquelles la mesure finale est destinée à produire des effets directs ou une déclaration de non-existence de celles-ci ;
33. une déclaration du demandeur, conformément à l'article 47 du décret présidentiel 445/2000, pour lui-même et pour les personnes identifiées par l'article 85 du décret législatif n° 159 de 2011, telle que prévue à l'annexe A1, selon laquelle il n'existe pas de motifs de déchéance, d'interdiction ou de suspension, tels que visés à l'article 67 du décret législatif n° 159 de 2011 ;
34. une déclaration, conformément à l'article 47 du décret présidentiel n° 445/2000, telle que prévue à l'annexe A1, par laquelle l'auteur de la proposition s'engage à verser, avant le début des travaux, un dépôt de garantie pour garantir l'exécution des travaux de démantèlement et de remise en état, à verser

en faveur de l'administration en charge de la procédure par le biais d'une police d'assurance conformément aux modalités prévues ;

35. liste des Administrations compétentes pour exprimer les avis, ententes, conventions, *nulla osta* ou autres actes d'assentiment, quelle que soit leur dénomination, nécessaires à l'obtention de l'autorisation unique ;
36. une copie du reçu pour le paiement des frais préliminaires.

Tout citoyen, entreprise, autorité locale et organisme public ou privé, institution et association peut demander l'autorisation pour l'installation d'une centrale FER. Le demandeur soumet la demande d'autorisation au *Servizio energia e economia verde*¹⁸⁰. L'administration chargée de la procédure procède au contrôle formel de la documentation soumise par le biais de la Conférence des Services. Il est prévu, en tout état de cause, que la procédure unique soit conclue dans un délai précis en fonction d'une série de circonstances identifiées par les autorités compétentes, mais au plus tard dans un délai de 90 jours à compter de la date de dépôt de la demande.

La Conférence des Services est convoquée au moyen d'une communication transmise par courrier électronique certifié. Le demandeur de la procédure indique toutes les administrations compétentes pour y intervenir. Le demandeur illustre le projet simultanément à toutes les administrations de manière à qu'elles puissent donner leur aval ou déléguer un représentant habilité à le faire. Pour chaque réunion de la Conférence des services, l'autorité chargée de la procédure établit un procès-verbal et le transmet aux administrations concernées.

Le demandeur fournit la documentation prouvant la disponibilité du terrain sur lequel l'installation se situerait. La décision finale de refus ou d'octroi de l'autorisation doit indiquer les raisons techniques et/ou administratives pertinentes. L'autorisation comprend les prescriptions auxquelles est soumise la réalisation de l'installation, ainsi que la déclaration d'utilité publique et d'urgence des travaux correspondants.

Avant le début des travaux, le demandeur doit présenter une garantie bancaire en faveur de l'administration chargée de la procédure, afin de garantir les obligations de remise en état des sites après le démantèlement de la centrale. Dans les dix jours suivant la conclusion de la procédure d'autorisation, l'Administration communique la décision définitive au demandeur et à toutes les Administrations concernées.

¹⁸⁰ Une description du déroulement de la procédure est disponible sous <https://sus.regione.sardegna.it/sus/downloadpublic/25d93a76-043e-4e8f-bf42-f01bcc590484;1.0>. Le texte qui suit traduit en italien et synthétise la procédure qui y est décrite.

D. ÖSTERREICH

Aus Kapazitätsgründen kann der Bericht zum österreichischen Recht **lediglich Hinweise auf Quellen mit weiteren Informationen** enthalten.

Zu beachten ist jedenfalls, dass die **Gesetzgebungskompetenz** für das gesamte Baurecht bei **den neun Bundesländern** liegt. Zwar ähneln sich die Vorschriften in den verschiedenen Ländern, jedoch gibt es keine bundesweit gültigen baurechtlichen Regelungen. Eine Auflistung der einschlägigen Rechtsgrundlagen in den verschiedenen Bundesländern findet sich beispielsweise in der in der folgenden Fussnote genannten Quelle.¹⁸¹

1. Planungsverfahren zur Standortfeststellung von Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie

1.1. Erforderlichkeit eines Planungsverfahrens

1.1.1. Erforderlichkeit

Da in Österreich die **Bundesländer für die Raumordnung zuständig** sind, weichen die Vorschriften hierzu in den jeweiligen Bundesländern voneinander ab.

Aus dem **Beispiel des Bundeslandes Tirol** ergibt sich, dass den Gemeinden grundsätzlich drei Planungsinstrumente zur Verfügung stehen, nämlich ein **örtliches Raumordnungskonzept**, ein **Flächenwidmungsplan** sowie ein **Bebauungsplan**.¹⁸² Dabei beruht der Bebauungsplan auf dem Flächenwidmungsplan, wobei letzterer wiederum mit dem örtlichen Raumordnungskonzept in Einklang stehen muss.¹⁸³ Zudem kann die Landesregierung **Raumordnungsprogramme** als Verordnung erlassen, in welchen bestimmte Gebiete unter anderem der Errichtung von Wasser- und Energieversorgungsanlagen vorbehalten werden können.¹⁸⁴

Zu beachten ist jedoch, dass es **kein eigenes Planungsverfahren für die Errichtung einer bestimmten Anlage** zur Gewinnung von Wind- oder Wasserenergie bedarf. Stattdessen wird **im Rahmen des Genehmigungsverfahrens geprüft**, ob die Anlage am geplanten Ort errichtet werden darf, oder ob dies den raumordnungsrechtlichen Vorgaben widerspricht.¹⁸⁵

¹⁸¹ Oesterreich.gv.at, Baurecht und Bauordnungen, Stand 28.01.2022, verfügbar unter https://www.oesterreich.gv.at/themen/bauen_wohnen_und_umwelt/bauen/Seite.2260200.html (26.07.2022).

¹⁸² § 29 Abs 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 (TROG 2022), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=20000910> (29.07.2022).

¹⁸³ P. Dreher, Verwaltungsrechtliche Anforderungen bei Errichtung eines Wasserkraftwerkes nach gegenwärtiger Rechtslage, Stand Februar 2018, verfügbar unter <https://diglib.uibk.ac.at/ulbtirolhs/download/pdf/2454641?originalFilename=true> (29.07.2022), S. 15 f., welcher sich allerdings auf das inzwischen nicht mehr gültige Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 bezieht.

¹⁸⁴ § 7 Abs 2 lit. c) TROG 2022; siehe hierzu im Zusammenhang mit Windkraftanlagen auch G. Hörack, Raumordnungsregelungen für Windenergie im Bundesländervergleich, Stand März 2019, verfügbar unter <https://epub.jku.at/obvulihs/download/pdf/3619700?originalFilename=true> (28.07.2022), S. 34.

¹⁸⁵ P. Dreher, Verwaltungsrechtliche Anforderungen bei Errichtung eines Wasserkraftwerkes nach gegenwärtiger Rechtslage, Stand Februar 2018, verfügbar unter <https://diglib.uibk.ac.at/ulbtirolhs/download/pdf/2454641?originalFilename=true> (29.07.2022), S. 16, welcher sich allerdings auf das inzwischen nicht mehr gültige Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 bezieht.

In den in den folgenden Fussnoten genannten **Quellen** finden sich weitere Informationen zu **Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen**¹⁸⁶, **Bauen im Aussenbereich** am Beispiel des Bundeslandes Steiermark¹⁸⁷, **Planungsverfahren für Wasserkraftwerke** am Beispiel des Bundeslandes Tirol¹⁸⁸ sowie zu **Raumordnungsvorschriften für Windenergie** in vier Bundesländern¹⁸⁹.

1.1.2. Allgemeines oder besonderes Planungsverfahren

Siehe hierzu die zusammenfassenden Informationen und Hinweise auf weitere Quellen unter Punkt 1.1.1.

1.1.3. Ausgestaltung des besonderen Planungsverfahrens

Siehe hierzu die zusammenfassenden Informationen und Hinweise auf weitere Quellen unter Punkt 1.1.1.

1.2. Grosse Anlagen

Die Definition von **Kleinwindkraftanlagen** variiert von Bundesland zu Bundesland. Als Richtwert kann man unter dem Begriff solche Windkraftanlagen verstehen, die eine **Leistungsklasse bis zu 20 kW** und eine **Turmhöhe bis zu 30 Meter** haben.¹⁹⁰

Einen **Überblick** über die Vorschriften für den Bau von **Kleinwindkraftanlagen** findet sich beispielsweise in der in der folgenden Fussnote genannten Quelle.¹⁹¹

1.3. Beschleunigende Verfahrensschritte

Im Beispiel des Bundeslandes Tirol scheint es keine besonderen beschleunigenden Verfahrensschritte zu geben.

¹⁸⁶ Oesterreich.gv.at, Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, Stand 01.02.2022, verfügbar unter https://www.oesterreich.gv.at/themen/bauen_wohnen_und_umwelt/bauen/Seite.2260200.html (26.07.2022).

¹⁸⁷ Deutscher Bundestag: Wissenschaftliche Dienste, Bauen im Aussenbereich in den Nachbarländern Deutschlands, Stand 04.01.2019, verfügbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/593114/547095d5a95f87eedf1ff9f76bb05423/WD-7-243-18-pdf-data.pdf> (26.07.2022).

¹⁸⁸ P. Dreher, Verwaltungsrechtliche Anforderungen bei Errichtung eines Wasserkraftwerkes nach gegenwärtiger Rechtslage, Stand Februar 2018, verfügbar unter <https://diglib.uibk.ac.at/ulbtirolhs/download/pdf/2454641?originalFilename=true> (28.07.2022), welcher sich allerdings auf das inzwischen nicht mehr gültige Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 bezieht.

¹⁸⁹ G. Hörack, Raumordnungsregelungen für Windenergie im Bundesländervergleich, Stand März 2019, verfügbar unter <https://epub.jku.at/obvulihs/download/pdf/3619700?originalFilename=true> (28.07.2022).

¹⁹⁰ Kleine-Windkraft.at, Wind & Energie, verfügbar unter https://www.kleinewindkraft.at/?mdoc_id=1033565 (26.07.2022).

¹⁹¹ Kleine-Windkraft.at, 9 Bundesländer, verfügbar unter https://www.kleinewindkraft.at/?xmlval_ID_KEY%5b0%5d=1284 (26.07.2022).

2. Baubewilligungsverfahren für Anlagen zur Gewinnung von Wind- und Wasserenergie

2.1. Ausgestaltung des Baubewilligungsverfahrens

Auch das Bauordnungsrecht liegt in der **Gesetzgebungskompetenz der neun Bundesländer**, sodass sich **keine einheitlichen Informationen** geben lassen. Die österreichische Regierung stellt jedoch auf ihrer Website einige allgemeine Informationen zum Bauverfahren und der Baubewilligung zur Verfügung.¹⁹²

Für bestimmte Anlagen zur Energiegewinnung ist eine **Umweltverträglichkeitsprüfung** nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz¹⁹³ erforderlich. Aufgrund des sogenannten **konzentrierten Genehmigungsverfahrens** sind dann keine weiteren bundes- oder landesrechtlichen Genehmigungen wie insbesondere eine Baugenehmigung mehr erforderlich.¹⁹⁴

Die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung betrifft die **folgenden Wind- und Wasserkraftanlagen**:

1. Anlagen zur Nutzung von Windenergie mit einer elektrischen Gesamtleistung von mindestens 30 MW oder mit mindestens 20 Konvertern mit einer Nennleistung von je 0.5 MW;
2. Anlagen zur Nutzung von Windenergie über einer Seehöhe von 1'000 m mit einer elektrischen Gesamtleistung von mindestens 15 MW oder mit mindestens 10 Konvertern mit einer Nennleistung von mindestens je 0.5 MW;
3. Anlagen zur Nutzung von Windenergie in schutzwürdigen Gebieten der Kategorie A mit einer elektrischen Gesamtleistung von mindestens 15 MW oder mit mindestens 10 Konvertern mit einer Nennleistung von mindestens je 0.5 MW;
4. Wasserkraftanlagen (Talsperren, Flusstaue, Ausleitungen) mit einer Engpassleistung von mindestens 15 MW;
5. Wasserkraftanlagen (Talsperren, Flusstaue, Ausleitungen) mit einer Engpassleistung von mindestens 10 MW, wenn die Rückstaulänge, berechnet auf Basis des mittleren Durchflusses (MQ), das 20-fache der Gewässerbreite, gemessen in der Achse der Wehranlage, erreicht;
6. Wasserkraftanlagen (Talsperren, Flusstaue, Ausleitungen) in Kraftwerksketten: eine Kraftwerkskette ist eine Aneinanderreihung von zwei oder mehreren Wasserkraftanlagen mit einer Engpassleistung von je mindestens 2 MW ohne ausreichenden Mindestabstand zwischen den Wehranlagen im Fischlebensraum.

Für die in den **Ziffern 1 und 2** genannten Windkraftanlagen ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung stets erforderlich, jedoch kommt ein vereinfachtes Verfahren zur Anwendung. Für die in **Ziffer 3** genannten Windkraftanlagen wird im Einzelfall geprüft, ob besondere Voraussetzungen vorliegen, welche eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich machen.¹⁹⁵ Auch hier kommt allerdings ein

¹⁹² Oesterreich.gv.at, Bauverfahren – Baubewilligung, Stand 18.07.2022, verfügbar unter https://www.oesterreich.gv.at/themen/bauen_wohnen_und_umwelt/bauen/Seite.2260300.html (26.07.2022).

¹⁹³ Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (UVPG, verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010767> (28.07.2022)).

¹⁹⁴ § 3 Abs 3 UVPG.

¹⁹⁵ § 3 Abs 1 Satz 1 in Verbindung mit Z 6 Anlage 1 UVPG.

vereinfachtes Verfahren zur Anwendung. Für die in den **Ziffern 4 bis 6** genannten Wasserkraftanlagen ist stets eine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.¹⁹⁶

Für **wasserwirtschaftlich bedeutsame Vorhaben** enthält das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz zudem besondere Vorschriften.¹⁹⁷

Weitere Informationen über das **Genehmigungsverfahren für Wasserkraftwerke** am Beispiel Tirol finden sich beispielsweise in der in der folgenden Fussnote genannten Quelle.¹⁹⁸

2.2. Grosse Anlagen

Siehe hierzu die zusammenfassenden Informationen und Hinweise auf weitere Quellen unter Punkt 2.1.

2.3. Wassernutzungsrecht

Gemäss § 9 Wasserrechtsgesetz¹⁹⁹ bedarf **jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung** eines öffentlichen Gewässers sowie die Errichtung oder Änderung der dazugehörigen Anlagen einer Bewilligung.²⁰⁰ Zuständig für die Bewilligung ist die **Wasserrechtsbehörde**.²⁰¹ Das Gesetz definiert den Gemeingebrauch als den gewöhnlichen und ohne besondere Vorrichtungen vorgenommenen Gebrauch des Wassers, welcher die gleiche Benutzung durch andere nicht ausschliesst.²⁰² Daher bedürfen auch Anlagen zur Gewinnung von Wasserenergie einer Bewilligung.²⁰³

Kommt ein geplantes Wasserkraftwerk mit einer **Waldfläche** in Berührung, so bedarf es ausserdem einer Bewilligung nach dem **Forstgesetz**.²⁰⁴ Zuständig hierfür ist in der Regel die jeweilige Bezirksverwaltungsbehörde.²⁰⁵

¹⁹⁶ § 3 Abs 1 Satz 1 in Verbindung mit Z 30 Anlage 1 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (UVPG, verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010767> (28.07.2022)).

¹⁹⁷ § 24i bis § 24l UVPG.

¹⁹⁸ P. Dreher, Verwaltungsrechtliche Anforderungen bei Errichtung eines Wasserkraftwerkes nach gegenwärtiger Rechtslage, Stand Februar 2018, verfügbar unter <https://diglib.uibk.ac.at/ulbtirolhs/download/pdf/2454641?originalFilename=true> (28.07.2022).

¹⁹⁹ Wasserrechtsgesetz 1959 (WRG), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010290> (28.07.2022).

²⁰⁰ § 9 Abs 1 Satz 1 WRG.

²⁰¹ § 11 Abs 2 WRG.

²⁰² § 8 Abs 1 WRG, welcher als Beispiele «Baden, Waschen, Tränken, Schwimmen, Schöpfen, [...] die Gewinnung von Pflanzen, Schlamm, Erde, Sand, Schotter, Steinen und Eis, schliesslich die Benutzung der Eisdecke» nennt.

²⁰³ P. Dreher, Verwaltungsrechtliche Anforderungen bei Errichtung eines Wasserkraftwerkes nach gegenwärtiger Rechtslage, Stand Februar 2018, verfügbar unter <https://diglib.uibk.ac.at/ulbtirolhs/download/pdf/2454641?originalFilename=true> (28.07.2022), S. 9.

²⁰⁴ § 17 Abs 2 in Verbindung mit Abs 2, 3 Forstgesetz (Forstgesetz 1975, ForstG, verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010371>); siehe auch P. Dreher, Verwaltungsrechtliche Anforderungen bei Errichtung eines Wasserkraftwerkes nach gegenwärtiger Rechtslage, Stand Februar 2018, verfügbar unter <https://diglib.uibk.ac.at/ulbtirolhs/download/pdf/2454641?originalFilename=true> (alle 28.07.2022), S. 13.

²⁰⁵ § 170 Abs 1 Satz 2 ForstG.

2.4. Windnutzungsrecht

Zur Erforderlichkeit einer Bewilligung nach dem **Forstgesetz** siehe unter Punkt 2.3.

Ob weitere Nutzungsrechte nötig sind, ist nicht bekannt.

2.5. Beschleunigende Verfahrensschritte

Für bestimmte Anlagen kommt im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung ein **vereinfachtes Verfahren** zur Anwendung.²⁰⁶ Dabei werden eine Reihe an Vorschriften²⁰⁷ nicht angewendet, stattdessen sind andere Vorschriften²⁰⁸ einschlägig.²⁰⁹

3. Rechtsmittelverfahren

3.1. Allgemeines Verwaltungsrecht

Für **Beschwerden nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz** ist das **Bundesverwaltungsgericht** zuständig. Das genannte Gesetz enthält zudem weitere Angaben zum Rechtsmittelverfahren.²¹⁰

3.2. Beschleunigende Elemente

Ob es beschleunigende Elemente gibt, ist nicht bekannt.

4. Pflicht zur Erstellung von Solaranlagen auf Neubauten

Auch die Frage, ob eine sogenannte **Solarpflicht** besteht, liegt in Österreich im **Kompetenzbereich der Bundesländer**. Es gibt daher keine bundeseinheitliche Vorgabe hierzu.

4.1. Bestehen einer Pflicht

Inwiefern eine Pflicht besteht, bei Neubau eines Gebäudes oder bei Sanierung eines Gebäudedaches eine Photovoltaikanlage anzubringen, hängt von den Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes ab. Eine **Übersicht** hierzu findet sich beispielsweise in der in der folgenden Fussnote angegebenen **Quelle**.²¹¹

4.2. Ausgestaltung der Pflicht

Auch die genaue Ausgestaltung einer eventuell bestehenden Solarpflicht hängt von den Vorgaben des einzelnen Bundeslandes ab (siehe hierzu Fussnote 211).

²⁰⁶ Siehe hierzu unter Punkt 2.1. in diesem Gutachten zum österreichischen Recht.

²⁰⁷ Nämlich: § 3a Abs 2, § 6 Abs 1 Z 1 lit. d), § 7 Abs 2, § 12, § 13 Abs 2, § 16 Abs 2, § 20 Abs 5 und § 22 UVPg.

²⁰⁸ Nämlich § 3a Abs 3, § 7 Abs 3, § 12a und § 19 Abs 2 UVPg.

²⁰⁹ § 3 Abs 1 Satz 3 UVPg.

²¹⁰ § 40 UVPg.

²¹¹ M. Wimmer-Niestelberger, Baurecht und alternative Energien, in Zeitschrift für Vergaberecht & Bauvertragsrecht (ZVB) 2021/58, verfügbar unter <https://cms.law/de/media/local/cms-rrh/files/publications/publications/15102021-baurecht-und-alternative-energien?v=1> (29.07.2022), S. 259 ff.

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG

Dr. Johanna Fournier, LL.M.
*Referentin für deutschsprachige
Rechtsordnungen*

PD Dr. Krista Nadakavukaren Schefer
*Vizedirektorin, Co-Leiterin des
Direktionsbereichs Recht & Wissenschaft*

Projektleitung

Dr. Johanna Fournier, LL.M.
Referentin für deutschsprachige Rechtsordnungen

Deutschland & Österreich

Dr. Johanna Fournier, LL.M.
Referentin für deutschsprachige Rechtsordnungen

Frankreich

Dorine Rouillon, LL.M.
*Referentin für französischsprachige
Rechtsordnungen*

Italien

Dr. Ilaria Pretelli
Referentin für italienisches Recht